

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Daulitzova n. 32. Telefon n. 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Daulitzova n. 32. Postfachamt 57544. Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlass.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . K 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.— Abnahme von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourkarten. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Staat und Gemeinde.

Der Wirkungsbereich wird der Gemeinde vom Gesetze vorgeschrieben, über seine Weite oder Enge entscheiden die im Staate herrschenden Machtverhältnisse. Die Grundlagen, auf denen die Kompetenz der Gemeinden beruhen, sind die österreichischen Gemeindeordnungen, wie sie für die meisten der ehemaligen Kronländer in der liberalen Verfassungära erlassen wurden. Das Bürgertum suchte sich in den damaligen Verfassungskämpfen gegenüber dem Feudalismus in den Gemeinden Machtpositionen zu schaffen und darum hat die alte Gemeindeordnung den Kommunen eine weitgehende Autonomie zugewiesen. Es umschreibt beispielsweise die am 16. April 1864 erlassene Gemeindeordnung für Böhmen im § 27 den selbständigen Wirkungsbereich der Gemeinden als denjenigen, „in welchem die Gemeinde mit Beobachtung der bestehenden Reichs- und Landesgesetze nach freier Selbstbestimmung verordnen und verfügen kann“, und sie sagt ganz allgemein, daß dieser Wirkungsbereich überhaupt alles umfaßt, „was das Interesse der Gemeinde zunächst berührt“. An dieser Gemeindeordnung aus der liberalen Ära wurde auch, solange das alte Oesterreich bestanden hatte, nie viel geändert.

So wie der tschechoslowakische Staat auf vielen anderen Gebieten keine durchgreifende Fortbildung der staatsbürgerlichen Freiheiten gebracht hat, wie wir noch heute das alte Prähgeseß, das alte Vereins- und Versammlungsgesetz und das Prügelpatent haben, so wurde auch die Autonomie der Gemeinden nicht erweitert. Im Gegenteil! Die im alten Oesterreich geltenden Rechte der Gemeinden wurden eingeschränkt. Dies geschah insbesondere durch die Novelle zur Gemeindeordnung vom 7. Februar 1919, in welcher die Finanzhoheit der Gemeinde stark gedrosselt wurde. Durch den § 14 dieses Gesetzes wurde eine Finanzkommission eingesetzt, von der die Hälfte der Mitglieder durch die Aufsichtsbehörden ernannt wird und der das Recht zusteht, gegen alle Beschlüsse der Gemeindevertretung, soweit sie finanzieller Natur sind, den Rekurs mit aufschiebender Wirkung zu ergreifen. Ebenso bedroht der § 20 die Autonomie der Gemeinden, in dem eine Reihe von Aufgaben aufgezählt wird, deren Besorgung der Gemeinde entzogen und auf den Staat übertragen werden kann.

Die Mehrheitsparteien im tschechoslowakischen Parlament waren also seit der Schaffung der Republik der Ansicht, daß es nicht gelte, die Selbstverwaltung der Staatsbürger zu schonen oder zu erweitern, sondern daß die Gemeindeverwaltung der Staatsgewalt in noch weit höherem Maße, als dies in dem feudalen Oesterreich der Fall war, untergeordnet werden müsse. Gewiß trifft dies die tschechischen Gemeinden ebenso wie die deutschen, aber da die Deutschen an der Staatsverwaltung nicht teilhaben, ist die Einschränkung der Gemeindeautonomie und die Erstarkung der Staatsgewalt eine Befestigung der über das deutsche Volk in der Tschechoslowakei ausgeübten nationalen Fremdherrschaft.

Das hat sich auch gezeigt in den unzähligen ständigen Drangsalierungen, denen die Gemeinden ausgesetzt waren. Man hat vielen deutschen Gemeinden die Polizeihochheit entzogen, der Stadt Reichenberg die Befugnisse einer autonomen Stadt überhaupt genommen, zahlreiche deutsche Gemeindevertretungen aufgelöst und dort Verwaltungskommissionen eingesetzt, über deren Zusammensetzung die politische Behörde entscheidet, hat den Gemeinden vorgeschrieben, was für Gaststätten sie anbringen müssen. Fast jedes Gesetz belastet die Gemeinden mit drückenden Verbindlichkeiten, ohne ihnen Rechte einzuräumen. Kurz, die Gemeinden wurden von der Republik auf die Rolle von Hilfsarbeitern der staatlichen Gewalten herabgesetzt.

Aber entscheidend ist, daß der Staat den Gemeinden beharrlich die finanziellen Mittel verweigert.

## Die Rede Strefemanns.

Ehrlicher Verständigungswille mit Frankreich. — Die deutschen Grundlagen für die Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems. — Es gibt kein Rheinlandproblem.

Berlin, 24. August. (Eigenbericht.) Von der heutigen Rede des Reichskanzlers wird allgemein angenommen, daß sie einen Schritt zu einer ehrlichen Verständigung mit Frankreich bedeute. Zum erstenmal seit dem französischen Einbruch habe ein verantwortlicher deutscher Staatsmann in klarer Weise das deutsche Minimalprogramm umrissen und die Grundlage gezeigt, auf der eine Lösung des Ruhr- und Reparationsproblems herbeigeführt werden könne; insbesondere sei der nachdrückliche Hinweis bemerkenswert, wonach dem deutschen Volke für die Verhältnisse Deutschlands das Opfer nicht zu hoch erscheine, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten. Ebenso stimme das deutsche Volk mit dem Reichskanzler darin überein, daß es für Deutschland keine Rheinlandfrage gebe, daß da kein internationales Problem vorliege und eine auch nur vorübergehende Verpfändung des Ruhrgebietes nicht in Betracht gezogen werden könne.

Der Reichskanzler knüpfte in seiner Rede an die Worte an, der er als Abgeordneter des Reichstages geprägt hatte, daß die eigene Sanierung im Innern zugleich die wirksamste außenpolitische Betätigung für Deutschland sei und wies auf die einschneidenden Maßnahmen hin, die die Regierung zur Schaffung eines Devisenfonds, zur Schaffung wertbeständiger Zahlungsmittel und Anlagevermögen und zur Sanierung der Reichsfinanzen eingeleitet habe. Er wies eingehend den Vorwurf zurück, daß Deutschland selbst den Währungsverfall herbeigeführt habe. Er würde den Staatsmann, der absichtlich eine solche Politik getrieben hätte, für den größten Verbrecher an seinem Volke ansehen. Die Reichsregierung scheue nicht vor einem scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanz zurück und sie vertraue darauf, daß die Wirtschaftskrise, vor deren Vertretern er spreche, nicht nur aus Zwang, sondern aus eigener Ueberzeugung von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen daran mitwirken werden.

Der Reichskanzler leitet mit dem Hinweis darauf, daß trotz dieser scharfen Eingriffe in die Vermögenssubstanz eine dauernde Sanierung der Reichsfinanzen ohne vorherige Lösung der außenpolitischen Probleme nicht möglich sei, seine Rede auf die außenpolitische Lage über. Der französische Ministerpräsident habe die Ruhrbesetzung damit begründet, daß sie notwendig gewesen sei, um Deutschland dazu zu zwingen, Verpflichtungen zu erfüllen, denen es sich bisher absichtlich entzogen habe. Der Reichskanzler versagt es sich an dieser Stelle, auf die Vergangenheit im einzelnen einzugehen, so sehr es gerade vom deutschen Standpunkte verführerisch wäre, auch die Frage von Recht und Schuld nochmals zu erörtern, nachdem sie in der Note der britischen Regierung eine so beachtliche und durchschlagende Würdigung gefunden hat. Die Frage von Schuld und Recht werde das deutsche Volk dem Urteile unparteiischer Schlichter jederzeit gern zu unterwerfen bereit sein, weil sein eigenes gutes Gewissen in diesen Fragen es diesem Urteilspruch ruhig entgegensehen lasse.

Auf dem Gebiete der bisherigen Reparationsleistungen habe gerade kürzlich eine unparteiische Untersuchung Deutschland die Ge-

nugung gebracht, daß seine bisherigen Leistungen wesentlich höher bewertet werden, als die Gutachten der Reparationskommission. Das Institut of Economics in Washington hat nach einer eingehenden Prüfung der deutschen Leistungen sich auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland seit dem Waffenstillstande bis 30. September 1922 mindestens 25 bis 26 Milliarden Goldmark in greifbaren Werten geleistet hat und daß das deutsche Verlangen auf Buchung noch weiterer erheblicher Posten zugunsten Deutschlands unzweifelhaft gerechtfertigt sei. Die deutsche Regierung selbst beziffert die deutschen Gesamtleistungen auf Grund sorgfältiger und eingehender Untersuchungen auf über 42 Milliarden Goldmark.

Was die Welt von den Staatsmännern der Völker erwartet, sagt der Reichskanzler, ist nicht unfruchtbare Politik über vergangene Zeiten, sondern ist der Weg in die Zukunft, der ein friedliches Nebeneinanderleben der Nationen gestattet, der an die Stelle des Währungschaos uns wieder den ungeschriebenen Gesetzen des Welthandels zuführt, auf denen sich ein friedliches Wirtschaftsverkehr der Weltvölker aufbaute. Höchst beachtenswerte Gedanken, welche die Aussicht haben, eine solche praktische Lösung zu eröffnen, finden wir in der letzten amtlichen Veröffentlichung der britischen Regierung. Auch der französische Ministerpräsident hat in Charleville eine praktische Lösung als das Ziel seiner Politik bezeichnet. Der Weg, auf dem er diese praktische Lösung zu finden versucht, geht dahin, daß er positive Pfänder für das Fliessen deutscher Reparationszahlungen beansprucht. Als solche positive Pfänder bezeichnet die französische Regierung in ihren Instruktionen an ihre Botschafter in London und Brüssel vom 10. und 12. Juni einmal die Garantie der deutschen Eisenbahnen und der deutschen Wirtschaft, ferner die Inanspruchnahme der deutschen Pölle.

Soweit der Grundsatz in Betracht kommt, eine wirksame Garantie für die deutschen Leistungen zu geben, ist die Inanspruchnahme deutscher Reichsbesitzes und deutscher Wirtschaft auch in dem Memorandum der deutschen Reichsregierung vom 7. Juni d. J.

die es ihnen ermöglichen würden, ihren vielfältigen Aufgaben nachzukommen. Schon im alten Oesterreich hat die Gemeindeordnung in dieser Beziehung ein Loch gehabt, von Jahrzehnt zu Jahrzehnt sind die Aufgaben der Gemeinden gewachsen, ohne daß man ihnen die entsprechenden rechtliche Grundlage gegeben hätte, um die finanzielle Bedeckung für ihren wachsenden Aufgabebereich zu finden. Nach der Schaffung der Republik hat die staatliche Finanzpolitik alle Steuerquellen erfährt, hat den Gemeinden fast jede Möglichkeit durch neue Einnahmen das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt herzustellen, genommen. Durch das Gesetz vom 12. August 1921 über die übergangsweise Regelung der Finanzwirtschaft der Gemeinden wurden die Gemeindefinanzen nicht saniert, ihre Autonomie aber dagegen noch mehr eingeschränkt. Die Ueberweisungen einzelner staatlicher Steuern waren mangelhaft, die Langsamkeit des staatlichen Steuerapparates, die späte Vorschreibung und Eintreibung staatlicher Steuern hat den Eingang

zum Ausdruck gebracht, jenem Vorschlage der deutschen Regierung, der zu unserem Bedauern bis heute keine Antwort seitens der Alliierten oder seitens einer alliierten Macht gefunden hat. Wir sind uns bewußt, mit diesem Memorandum eine grundsätzliche Entscheidung getroffen zu haben, die als eine äußerste Kraftanstrengung des deutschen Volkes bezeichnet werden muß, weil sie über die Pfandnahme des Versailler Vertrages hinausgehend die uns verbleibenden Kraftquellen auch der privaten deutschen Wirtschaft unmittelbar in den Dienst der Garantien für die künftigen deutschen Leistungen einfließt.

Gerade von Seiten der französischen Regierung ist auf die Bedeutung der deutschen Wirtschaft vielfach hingewiesen worden. Wir lesen in dem französischen Gelbbuche davon, daß der wahre Reichtum Deutschlands nicht zerstört worden sei, daß seine wirklichen Hilfsquellen und Steuererträge, die in seiner Wirtschaft lägen, unberührt für die Zukunft vorhanden seien. Sie wissen ebenso wie ich, daß hier eine

### Ueberschätzung der deutschen Wirtschaftskraft

vorliegt. Sie wissen ferner, daß die angeblichen Großgewinne der deutschen Wirtschaft sowie die Verzinsung unserer Aktiengesellschaften vielfach so lächerlich gering sind, daß beispielsweise die letzte Jahresdividende der Deutschen Bank nicht den Wert einer Straßenbahnfahrt in Berlin ausmacht. Aber wenn in dieser deutschen Wirtschaft, was ich nicht bestreite, Möglichkeiten einer zukünftigen Entwicklung liegen, so bedarf es für die Alliierten nur des Eingehens auf die Grundzüge des Memorandums der deutschen Regierung, um mit uns gemeinsam einen Weg zu finden, der die letzte und verbleibende Kraftquelle zum Träger der Garantie deutscher Reparationsverpflichtungen macht.

Dieses Memorandum hält an dem Angebote der vorigen Regierung fest. Für die Freiheit des deutschen Bodens, für die Wahrung unserer Souveränität, für die Konsolidierung unserer Verhältnisse sehe ich das Opfer als nicht zu hoch an, einen Teil der deutschen Wirtschaft als produktives Pfand für die Durchführung der deutschen Reparationsverpflichtungen anzubieten.

Wenn die französische Regierung ausschließlich von dem Gedanken ausgeht, positive Pfänder für die deutschen Lieferungen nach Ablauf eines Moratoriums zu erhalten, so könnte sie wohl einen Weg der Verständigung mit uns finden. Aber dieser Weg darf nicht über die Differenzierung zwischen Rheinland und Deutschem Reich andererseits gehen. Die, wenn auch nur vorübergehende, Verpfändung des Ruhrgebietes selbst, die Ueberweisung der rheinländischen Bahnen, die Ueberweisung einzelner Bergwerke und Besitztümer am Rhein und an der Ruhr, wie sie in den Dokumenten 23 und 25 des französischen Gelbbuches in die Debatte geworfen wird

### Kann von uns nicht als Grundlage der Lösung der Reparationsfrage betrachtet werden.

Diese speziell auf das Rheinland und auf das Ruhrgebiet abgestellte Reparationslösung wirkt zugleich alle die politischen Fragen auf, die sich in der Rheinlandfrage für die internationalen Beziehungen der Völker ergeben. Für uns in Deutschland gibt es keine Rheinlandfrage, die international zu lösen wäre. Die Rheinlande haben im Rahmen der deutschen Reichsverfassung das Recht, selbständig darüber zu entscheiden, in welcher Form sie innerhalb des Deutschen Reiches ihr Leben zu führen gedenken. Bis zur Stunde liegen uns nur Erklärungen sämtlicher deutschen Parteien im Rheinlande vor, daß sie nicht den Wunsch haben, ihr Treueverhältnis zum Reiche und zu Preußen im geringsten zu

der Gemeindeumlagen verzögert und verschleppt.

So haben wohl die Gemeinden ein gesetzlich zugeständenes, wenn auch seit der Schaffung der Tschechoslowakischen Republik eingeschränktes Wirkungsbereich, aber bei allen Bemühungen der Gemeindeverwaltungen müssen diese an die Grenzen stoßen, die ihnen der Mangel an materiellen Mitteln setzt. Nur innerhalb dieses engen Rahmens konnten die Gemeindeverwaltungen ihre Aufgaben erfüllen. Der Kampf um die Gemeindeautonomie und die Steuerhoheit der Gemeinden, den wir deutsche Sozialdemokraten Tag für Tag geführt haben und weiter führen müssen, ist ein großer, allgemeiner politischer Kampf. Die Wahlen in die Gemeindevertretungen müssen eine Willenskundgebung für die Erweiterung der Autonomie der Gemeinden und damit für die Erweiterung der Selbstverwaltung der Staatsbürger werden.

ändern. Fragen wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit können Fragen der Verhandlungen, können Fragen des Kompromisses sein. Die Frage des Rheinlandes ist aber für uns keine Frage von Kompromissen, sie ist für uns die Lebensfrage, in der es für jeden Deutschen, der diesen Namen verdient, in der es für jede deutsche Partei nur ein Ziel gibt.

den deutschen Rhein innerhalb des einzigen deutschen Reiches.

Wir akzeptieren mit Genugtuung die Erklärung des französischen Ministerpräsidenten in den Dokumenten der französischen Regierung, daß er weder politische Ziele verfolge, noch annexionsistische Gedanken hegt. Mit dieser Erklärung sind aber die in Vorschlag gebrachten Lösungen nicht vereinbar, indem sie tatsächlich wirtschaftlich und politisch Rhein und Ruhr einer Sonderbehandlung unterwerfen und den Weg zu einer praktischen Lösung, die Deutschland akzeptieren kann, versperren.

Erst wenn die politischen Ziele, die diesen Vorschlägen innewohnen, zurückgetreten sind gegenüber wirtschaftlichen Lösungsmöglichkeiten, an denen das Reich mit der Gesamtheit seiner Wirtschaft teilnehmen kann, wird der Weg für die praktische Lösung, von der der französische Ministerpräsident in Charleville sprach, offen sein.

Es wäre politischer Dilettantismus, wenn die deutsche Regierung ihre Politik auf die Entzweiung der Alliierten abstellen wollte. Deutschland kann nur hoffen, daß innerhalb der gemeinsamen Verständigung der Alliierten unter sich und mit Deutschland der Weg gefunden wird, der die berechtigten Ansprüche der Gläubigerstaaten mit der Gewährleistung deutscher Entwicklungsmöglichkeiten vereinigt, die auch dem deutschen Volk das Recht auf Leben sichern, das der französische Ministerpräsident für Frankreich in Anspruch nimmt.

Der Reichskanzler schloß mit den Hinweisen auf die notwendige Solidarität der Völker. Durch die Völker gehen gerade im Gefolge des Krieges und der Revolutionen heute die größten Bewegungen auf politischem, sozialen und geistigen Gebiet. Die Gärung, die in den Völkern lebt, hat ihren Nährboden in der Unsicherheit aller Weltverhältnisse. Wenn es eine

Gemeinsamkeit des Völkergedankens

gibt, so müßte sie wohl darin bestehen, die Welt vor neuen Erschütterungen zu bewahren und ihr diejenige Konsolidierung zu verschaffen, die allein ein Leben und Miteinanderwirken der Nationen gewährleistet. Wir wissen uns eins mit dem deutschen Volk, wenn wir zum Ausdruck bringen, daß durch dieses deutsche Volk ein tiefes Sehnen geht, zu Frieden, Freiheit und Ordnung zu kommen. Wir tun jetzt das Allerbeste, um bei uns selbst die Grundlagen dafür zu schaffen. Möge der Ruf an die Staatsmänner, die mächtiger sind als wir, um diesen Verhältnissen auf der ganzen Welt wieder ihre alte Bedeutung zu verschaffen, nicht ungehört verhallen; denn die Lösung der dringenden Fragen, um die es sich handelt, geht schließlich nicht nur uns an. Sie schließt sich mehr und mehr an sich, als die Aufrechterhaltung der Kulturgemeinschaft der Völker. Sie endet für Europa in der Entscheidung zu Frieden, Wohlfahrt, Gerechtigkeit und Niedergang und Chaos.

Der Rede des Kanzlers folgte langanhaltender Beifall.

Gewitterschwüle im Ruhrgebiet.

Bericht des Genossen Thom Shaw an die Sozialistische Arbeiterinternationale.

Im Folgenden will ich versuchen, die Eindrücke wiederzugeben, die ich bei meinem Besuch im Ruhrgebiet gewann: in Köln, das unter englischer Besetzung steht, fand ich die Stimmung unserer Genossen äußerst pessimistisch. Jedermann schien zu fürchten, daß etwas sich ereignen könnte, aber niemand schien zu wissen, was dieses Ereignis sein sollte. Manche befürchteten einen nationalsozialistischen Aufruf, andere besorgten, daß die kommunistischen Rufen aus der Situation ziehen könnten, wieder andere fürchteten, daß die intensive französische Propaganda, die, wie behauptet wird, im Gange ist, zum Verfall der Errichtung einer Rheinlandrepublik führen könnte, in welchem Fall der Bürgerkrieg zwischen Deutschen und Deutschen drohe. Nicht nur die Furcht vor der Lebensmittelknappheit, sondern eine tatsächliche Knappheit an Papiergeld machte sich geltend. Die von den französischen und belgischen Truppen verfügten Maßnahmen hätten verhindert, daß Papiergeld in das Rheingebiet komme, und die Aussichten seien außerordentlich düster. Die englischen Besatzungsbehörden nahmen offensichtlich kein Interesse mehr an den Zuständen im Kölner Gebiet und ihre Haltung sei in der Tat unfreundlicher geworden. Die Genossenschaften wußten sich keinen Rat mehr, wie sie der Lage Herr werden sollten. Ich hatte eine Unterredung mit hervorragenden englischen Beamten in Köln, in welcher ich die Mitteilungen, die ich erhalten hatte, wiedergab, und nach den letzten Nachrichten, die ich vor meiner Abreise von Köln erhielt, sollen Maßnahmen getroffen worden sein, die die unmittelbaren Schwierigkeiten voraussichtlich erleichterten.

Um sicher an meinem Bestimmungsort einzutreffen, mietete ich ein Auto, um nach Dortmund zu fahren. Infolge der Grenzsperrung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet hatte der Parteisekretär der Lokalorganisation von Berlin nicht nach Hause kommen können, wodurch eine beträchtliche Verzögerung entstand; aber schließlich konnte ich eine kleine Vertrauensmännerversammlung abhalten und Vorbereitungen für eine größere Versammlung der Vertrauensmänner des ganzen Gebietes treffen, die einige Tage später stattfand.

Kurz zusammengefaßt, war die Stimmung hier folgende: wie in Köln die immer wiederkehrende Furcht vor der Lebensmittelknappheit. Die Papiergeldknappheit sei hier so arg, daß viele Arbeiter ihre Löhne nicht erhalten könnten. Verschiedene Minderungsversuche an Kaufkräften seien vorgekommen und der Zustand der Bevölkerung sei so verzweifelt und aufs äußerste erregt, daß jeden Augenblick ein Ausbruch erfolgen könne. Die einzigen Eisenbahnzüge, die verkehren, seien die von den Franzosen geführten und die überwältigende Mehrheit der Ruhrbevölkerung weigere sich, sie irgendwie zu benutzen. Die einzige Möglichkeit, Lebensmittel in das Gebiet zu schaffen, böten daher Kraftwagen und Pferdewagen. Dieser Verkehr sei völlig ungenügend, um ein Gebiet zu ernähren, in welchem vor dem Kriege tausende von Jüden täglich dem Personen- und Güterverkehr gedient hätten. Behauptungen über die von den Besatzungsstruppen begangenen Brutalitäten kehrten immer wieder, aber bei näherer Untersuchung schienen sich die behaupteten Gewalttaten einigermaßen zu verringern.

Was die Preise anlangt, waren die Verhältnisse phantastisch. Es erscheint zwecklos, einen

Bericht über die wirtschaftliche Situation zu erstatten, da diese von Tag zu Tag wechselt und, was heute richtig ist, morgen längst nicht mehr zutrifft. In fünf Tagen z. B. haben sich die Preise um 100, 200 und 300 Prozent vervielfacht. Jeder Versuch, die Löhne solchen wilden Schwankungen anzupassen, ist daher aussichtslos. Ein gelegentlicher Gang durch die Straßen zeigt, daß Geschäfte aller Art sehr rasch all ihrer Waren entblößt sein werden und, wenn dies so weiter geht, kann es nicht lange dauern, bis die Städte im Ruhrgebiet ebenso aussehen werden wie die Städte Osteuropas unmittelbar nach Kriegsende.

Die Stellungnahme der gewerkschaftlichen und Parteivertrauensmänner kann in folgendem zusammengefaßt werden:

- 1) Keine Regelung ist annehmbar, die nicht den Arbeitern die Freiheit gibt, die sie auch unter der französischen Besatzung verlangen;
2) Keine Regelung ist annehmbar, ohne daß die ausgewiesenen und eingekerkerten Arbeiter nach Hause zurückkehren können;
3) Die gegenwärtige Unsicherheit, die es ermöglicht, daß der Arbeiter auf plötzlichen Befehl von einem Augenblick zum andern ausgewiesen werden kann, muß aufhören.

Was die Summe der Reparationszahlungen anlangt, so bedeuten für die Ruhrarbeiterschaft einige Millionen Goldmark nicht allzuviel. Was sie verlangen, ist, daß die Gütererzeugung und -verteilung in deutschen Händen bleibt und daß französische und belgische Dajonette in keiner Weise dazu verwendet werden, die Leute zur Arbeit zu zwingen.

Wenn diese Bedingungen erfüllt werden könnten, wären die Ruhrarbeiter bereit, den passiven Widerstand morgen aufzugeben. Von allen Seiten wurde zugegeben, daß die Leute des gegenwärtigen Zustandes müde sind und nichts so sehr begrüßen würden, als eine Regelung, die es ihnen erlaubt, zu ihrer Arbeit und ihrem Lohn zurückzukehren. Sie betrachten den Einmarsch in die Ruhr als einen direkten Bruch des Versailler Vertrages und klagen, daß alle Ausschreitungen, die in der Hitze des Krieges begangen wurden, nun kalten Blutes und im Frieden durch die Truppen im Ruhrgebiet wiederholt werden.

Dieser so kurz als möglich gehaltenen Wiederholung der durch Beobachtung und bei den Versammlungen gewonnenen Eindrücke möchte ich nun meine persönliche Ansicht anfügen: in allererster Linie erscheint es von entscheidender Wichtigkeit, sofern es nur irgend möglich ist, Verhandlungen über eine Regelung zustande zu bringen. In einer Bevölkerung von mehreren Millionen, von der jeder Einzelne von einer unbestimmten Angst vor einem kommenden Schrecklichen erfüllt ist, und deren Erbitterung durch Laifachen hervorgerufen ist, die ihr als eine langdauernde Periode der Unterdrückung erscheinen, kann es in jedem Augenblick zur Explosion kommen. Ich glaube, daß, wenn ein wirklich fähiger Mann, mit auch nur einem halbwegs tapferen energischer und ergebener Anhänger im Ruhrgebiet einen Aufruf hervorzurufen wollte, ihm dies ohne weiteres gelingen könnte; und ich würde sogar behaupten, daß, mag dieser Mann Kommunist, Sozialdemokrat oder Nationalist sein, er die ganze Bevölkerung zur Erhebung mitreißen könnte. Und erst recht, wenn infolge der Lebensmittelknappheit und der Verzweiflung der passive Widerstand bei einem Teil der Bevölkerung zusammenbrechen würde, bestünde die schreckliche Gefahr des Zusammenstoßes zwischen jenen, die den Widerstand aufgeben und jenen, die ihn aufrecht halten wollten.

Bei den Versammlungen, denen ich beizuwohnte, hat eine Reihe von Sprechern das Aufgeben des passiven Widerstandes, allerdings unter den oben beschriebenen Bedingungen befürwortet.

Es ist unmöglich, in Worten den Eindruck der Unsicherheit und Gefahr wiederzugeben, den man im Ruhrgebiet und selbst im Rheinland empfindet.

Ich wurde beauftragt, zu berichten, welche Schritte zur befriedigenden Lösung der Schwierigkeiten unternommen werden könnten. Ich will daher zum Schluß meine Auffassung und meine Anregungen niederlegen. Meiner Ansicht nach

- 1) besteht, wenn nicht so schnell als irgend möglich Verhandlungen beginnen, im Ruhrgebiet die Gefahr eines furchtbaren Ausbruchs;
2) ist die Ruhrbevölkerung zu einem vernünftigen Kompromiß durchaus bereit;
3) erkennt die Ruhrarbeiterschaft, daß sie unmöglich erwarten kann, daß die Franzosen ohne vorhergehende Regelung das Ruhrgebiet verlassen und ist daher, sobald Garantien, für eine halbwegs vernünftige Beilegung gefunden und die Freiheit zur normalen Arbeit gesichert ist, vollständig bereit, den passiven Widerstand aufzugeben.

Vom rein französischen Standpunkt — nicht vom sozialistischen — kann weder ein nationalsozialistischer, noch ein kommunistischer oder sozialistischer Aufruf die Aussicht auf Reparationen vermehren. Ich meine daher, daß wir so sehr als möglich den Druck der öffentlichen Meinung auf die französische Regierung konzentrieren müssen, um sie zu einer bestimmten Erklärung über die Zusicherungen zu bringen, die sie für den Fall des Aufhörens des passiven Widerstandes zu machen bereit ist. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn die Parteien zu Verhandlungen zusammengebracht werden könnten, es gelingen würde, das französische amour propre zu wahren und dennoch das Ruhrgebiet zu befreien. Wenn dies nicht geschieht, droht das Ruhrgebiet Schritt für Schritt in einen Zustand der Lähmung und des Verfalls zu sinken, von dem es sich erst in Jahren wieder erholen könnte.

Forderungen der Münchner Sozialdemokraten.

München, 24. August. Die außerordentliche Mitgliederversammlung der vereinigten sozialdemokratischen Parteien Münchens stellt folgende Forderungen:

- 1. Beendigung des Ruhrkonfliktes durch Verhandlungen mit den unmittelbaren Besatzungsmächten und der Gesamtheit der Reparationsgläubiger.
2. Ersetzung des Reichswehrministers Dr. Geyer durch einen zuverlässigen Republikaner.
3. Reichskanzlei und Presseabteilung der Reichsregierung müssen mit zuverlässigen Republikanern besetzt werden.
4. Brechung des Monopols der jüngsten Wilhelmischen Diplomatie auf die auswärtigen Vertretungen des republikanischen Reiches.

Unter keinen Umständen darf von der Partei zugelassen werden, daß ein offener oder verkappter Monarchist als Vorkämpfer nach Paris kommt. In der Frage des Verhältnisses zwischen Bayern und dem Reich darf es in Zukunft keinerlei Konzessionen mehr geben. Jeder Widerstand Bayerns gegen die reitenden Finanzmaßnahmen des Reiches muß von der Sozialdemokratie radikallos gebrochen werden.

Das reichste Land und zugleich das ärmste.

Von E. v. Bielen.

Das reichste Land und zugleich das ärmste, das ist Rumänien. Fast wäre man versucht, zu sagen, wäre es nicht so reich, so wäre es nicht so arm. Das klingt wie ein Widerspruch und doch ist des Rätsels Lösung sehr nahe. Eine verschwindend geringe Natur macht die Menschen laud. Und sie gibt reich in Rumänien. Der Boden gibt alle Früchte. Mühelos fast entteert der Mensch Korn und Weizen und Mais. Wie ein Brett liegt der alte Meerboden da von Bukarest bis zum „schwarzen Wasser“, zur Cernavoda. Kann das ihn der Pflug recht zu rügen braucht, und er gibt in reicher Fülle. Ein jungfräulicher Boden, durch Jahrtausende gedüngt, ohne daß er hätte geben müssen. Dennoch sind die Erträge geringer als auf dem harten Boden, den der norwegische Bauer bearbeitet. Dazu die Kornkammer Beharabiens, das Banat, die alte Kornkammer Ungarns, in überreicher Fülle wächst das Brot. Es ist auch billig in Rumänien. Ein Kilogramm Brot kostet 10 Lei, das sind nach dem augenblicklichen Kurs etwa 3500 österreichische Kronen oder so viel, als man in Wien zum Beispiel für 60 Dekagramm Brot zahlen muß. Dem entspricht auch der Brotpreis in der Ukraine, obgleich es das Land nur ganz oberflächlich bearbeitet, wenig fleißig, wenige Dampfpflüge über das Land führt, überhaupt wenig Maschinenkraft heranzieht, obgleich ein Viertel bis ein Drittel des anbaufähigen Landes brachliegt. Nur die Rumänen, die Stiebenhüter und die Banater Schnapen, lassen nichts brachliegen.

Die Led- und Brachflächen bevölkern riesige Viehherden. Schweine, Pferde, Schafe — vor allem aber Rinder. Auch das Fleisch ist billig. Ein Kilogramm Schweinefleisch kostet 16 bis 32 Lei oder 6000 bis 12.000 österreichische Kronen. So billig wie Brot und Fleisch ist leider aber auch der Wein. Ein Liter Wein kostet 5 Lei oder rund 1800 österreichische Kronen. Das aber ist als Unglück für das Land zu buchen, umso mehr, als gerade hier die Regierung mehr als „liberal“ ist: im Suff die höchste Freiheit. Das hat sich gleich bei der parlamentarischen Verhandlung über die Steuerfreiheit des Hausstrunks gezeigt. Der bäuerlichen Wirtschaft wurde das Schnapsbrennen freigegeben, und zwar für den Kopf der Bewohner einer Wirtschaft 60 Liter. Da zählt auch der Säugling mit. Das ist Anleitung der Bevölkerung zum Selbstmord. Die Bauern vermögen das nicht selbst zu beurteilen. Siebzig von hundert Rumänen können nicht lesen und schreiben; wie sollen sie wissen, was das heißt, wenn auf jeden Bewohner des Bauernhofes täglich fast zwei Zehntelliter Schnaps kommen? Da die Kinder vom Säugling aufwärts mitgerechnet sind und die Frauen weniger trinken, kann man also ohne Zwang annehmen, daß jeder rumänische Bauer im Durchschnitt täglich zum mindesten sein Seidel Schnaps trinkt.

Diese „Schnapsliberalität“ Bratians hat dann auch eine Revolution hervorgerufen, die erste seit dem siegreichen Abschluß des Krieges. Die Weinbauern hatten sich aufgelegt, daß sie nicht auch gleich viel Hausstrunk bekommen, und die Wirkung war, daß auch ihnen je sechzig Liter Hausstrunk steuerfrei gelassen wurden. Die verderblichen Wirkungen dieses Systems können nicht ausbleiben.

Mit Brot, Fleisch und Wein ist aber Rumänien reichlich nicht erschöpft. Es hat alles, was es braucht, im Lande. Kohle und Eisen, Blei und Kupfer, Silber und Gold, Salz und Erdöl, und dazu noch reiche Quarzlager, die ihm auch

die Glasherzeugung den wichtigsten Rohstoff liefern. Und trotz diesem schier unbegrenzten Reichtum, der noch ergänzt wird durch riesige Waldbestände, ist nicht nur in der dünn besetzten industriellen und städtischen Bevölkerung ein beispielloses Elend — Elend im schlimmsten Sinne — auch draußen auf dem Dorfe inmitten des Bodenreichtums, freilich auch inmitten der Unkultur dieses Dorfes. Am besten wird dieses Elend durch die hohe Kindersterblichkeit dargestellt. Da hat in der letzten Haushaltsdebatte im rumänischen Parlament der einzige Sozialdemokrat, der im Hause sitzt, Dr. Pistiner, beispielsweise erzählt, daß in Jassy die Kindersterblichkeit bis zum dritten Jahre zeitweilig 70 vom Hundert der Lebendgeburt erreichte. Und eine rumänische Prinzessin erzählte, in einem Aufruf um Hilfe, daß in dem Kinderasyl Gregorian in Jassy, zum Beispiel von hundert Kindern, die dort von der Geburt an in Pflege waren, nur vierzehn das 14. Lebensjahr erreicht haben, 86 sind früher gestorben. Die größte Kindersterblichkeit ist in Rumänien nicht im Säuglingsalter wie anderswo — die Rumäninnen sind gute Mütter und säugen ihre Kinder lange — die Gefahr für die Kinder setzt erst ein, wenn sie von der Mutterbrust abgesetzt werden. Die meisten Kinder gehen im Alter von zwei bis fünf Jahren an Magenkrankheiten zugrunde, an Sumpffieber, an der durch die Stechmücke Anopheles verbreiteten Malaria, die in dem vernachlässigten, vielfach verstaubten Land einheimisch ist (auch in der Hauptstadt Bukarest im Park kann man sie sehen), oder an den ansteckenden Kinderkrankheiten.

In Bukarest ist der Scharlach ein ständiger Gast. Etwa siebzig scharlachkranke Kinder gibt es immer in der Stadt. Die Magen- und Darmkrankheiten aber werden hervorgerufen, weil man in diesem reichen Lande für die Kinder keine Milch hat — dem fremden Beobachter, der überall die großen Viehherden sieht, einfach unbegreiflich. Aber es ist Tatsache. Der Arzt Dr.

Creanga hat festgestellt, daß achtzig von hundert rumänischen Landkindern nie Stuhlmilch erhalten. Vor dem Kriege war in Rumänien, wie mir glaubhaft berichtet wird, ein solches Elend auf dem Lande, daß in den Dörfern die Kindersterblichkeit um dreißig vom Hundert größer war als selbst in den Städten, wo die schlechten sanitären Verhältnisse hohe Kindersterblichkeit sehr begünstigen. Das war ja auch die Ursache, warum sich dieser Staat, der am brutalsten dem Reichtum dient, dennoch zur Agrarreform entschloß, die die überreichen Großgrundbesitzer zwingt, Land an die Bauern abzugeben. Die Landausteilung des bolschewistischen Nachbarn im Osten strafte auch in dieser Richtung ihre Wirkung aus.

So gewöhnt man die Kinder von früher Jugend an an die robuste Maiskost, an die Marmelade, eine Art Polenta, und an die schwere Kost der Alten. Auf den Rücken gebunden, nimmt die Mutter ihr Kind auch aufs Feld mit, wo es alle Härten solchen Lebens ertragen muß. Ueberdauert es sie, dann gut für das Kind — aber die Mehrzahl fällt zum Opfer. Auch die Unkultur im Wohnen auf dem Lande trägt viel dazu bei. In Rumänien ist eben auch noch Menschenfleisch billig.

Der rumänische Staat steht dieser Erscheinung aber tatenlos gegenüber. Er hat für die Kinderfürsorge im ganzen 3,5 Millionen Lei übrig, das sind, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, zwanzig Bani. Für den jungen, nun mächtig sich entfaltenden rumänischen Militarismus muß das Volk aber fünfzehn Milliarden im Jahre bezahlen oder 833 Lei auf den Kopf der Bevölkerung. Für den Militarismus muß jeder Rumäne viertausendmal so viel bezahlen wie für die Fürsorge für seine Kinder.

Kann dabei das Land gesunden oder wird es unter solchen Umständen nicht begreiflich, wenn das reichste Land zugleich auch das ärmste ist?

# Die Gemeindewahlen.

## Der Bund der Landwirte betreibt ein kapitalistisches Politik.

Ein deutschnationales Urteil.

In einer Polemik gegen einen in der „Deutschen Landpost“ erschienenen Leitartikel sagt der deutsch-nationale Abgeordnete A. Lina im Reichstages „Volkstaus“ folgendes:

Es ist bezeichnend für die konjunkturalen Gedankengänge dieses Herrn, daß er die kapitalistische Einstellung als eine „ideelle“ bezeichnet und im Nachsatz für eine rein wirtschaftliche Einstellung die Lanze bricht. Noch dazu, wenn man sich vor Augen hält, daß der Bund der Landwirte eine rein kapitalistische Politik betreibt, wie dies besonders aus der Stellungnahme seiner Abgeordneten im Reichstages — so z. B. der Antrag des Abg. Fischer auf sofortige Aufhebung des Ritterschlags — hervorgeht. Wäre dieser Antrag angenommen worden, so hätten die Karlsruher Gewerbetreibenden, Angestellten und Arbeiter klar erkannt, was sie von der von dieser Seite so angepriesenen Standespolitik zu erwarten haben.

Wir wiederholen, so urteilt über die deutschen Agrarier ein Abgeordneter der Deutschen Nationalpartei. Und der muß doch genau wissen, welche Politik sein Bruder, mit dem er in einem gemeinsamen parlamentarischen Verband saß, betreibt.

## Eine freche Beschimpfung der Arbeiter durch einen Klerikalen.

Wie „sozial“ die sich bei uns „christlichsozial“ nennenden Klerikalen sind, beweist eine Wahlrede des Führers der slowakisch-klerikalen Volkspartei Vater Hlinka. Hlinka sagte nach den übereinstimmenden Berichten einer ganzen Reihe von Blättern folgendes:

„Wir Volksparteiler werden zunächst die Autonomie erobern und dann werden den Sodemiten (so beschimpfen die Slowakisch-klerikalen die Sozialdemokraten). Wir Volksparteiler werden siegen und dann ist das Ende der Laubbüberei der Arbeiter gekommen, die nicht mehr arbeiten wollen, als acht Stunden täglich. Wenn wir siegen, dann ist es aus mit der achtstündigen Arbeitszeit und diese Laubbuben werden keine Arbeitslosenunterstützung mehr bekommen. Heute machen sich die Sozialdemokraten mit Kollektivverträgen breit, wir werden ihnen Kollektivverträge zeigen. Wenn wir siegen, werden alle Kollektivverträge fallen.“

So spricht ein slowakischer Klerikaler und bei der Internationalität der Gesinnung der Schwarzen kann kein Zweifel sein, daß auch die deutschen christlichsozialen Politiker so denken, wenn sie es auch noch nicht wagen, so zu sprechen. Die Klerikalen sind eben immer und überall an der Seite der Ausbeuter des arbeitenden Volkes gestanden.

## Bürgerliche Gemeindevertreter drücken sich vor der Verantwortung.

Das „Nordböhmische Tagblatt“ berichtet über eine Sitzung der Gemeindevertretung in Bersen. Durch diesen Bericht soll der Eindruck erweckt werden, daß die sozialdemokratische Mehrheit der Gemeindevertretung mit den Steuergebern nur so herumwirft und blindlings darauf los wirtschaftet. Das „Nordböhmische Tagblatt“ gefällt sich in der Rolle des Verteidigers der Steuerzahler. Um einmal zu zeigen, wie Deutschbürgerliche auf die Steuerzahler Rücksicht nehmen, wollen wir den wahren Sachverhalt kurz darstellen.

Als im Winter 1921/22 die bereits baufällige Wasserwehr des Bessener Elektrizitätswerkes, welches Eigentum der Gemeinde ist, während des Einganges stark beschädigt wurde, beschloß eine Gemeindevertretungssitzung einstimmig, also auch mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, ein neues Wasserwehr zu bauen, um die Lichtversorgung der Stadt sicherzustellen. Der Bau des Wehres zog sich jedoch in die Länge, weil man sich über die Art der Herstellung nicht einigen konnte, so daß schließlich, um das Wehr vor der völligen Demolierung durch die Wassermassen zu schützen, eine Notreparatur vorgenommen wurde, die einen Kostenaufwand von mehreren tausend Kronen verursachte. Um nun die Instandhaltung des Wehres zu sichern, mußte eine Erhöhung des Lichtpreises erfolgen. Diese Erhöhung wurde unter Zustimmung auch der bürgerlichen Parteien vorgenommen. Die Herren Bürgerlichen laufen nun plötzlich gegen die Erhöhung des Lichtpreises und den Bau eines neuen Wehres Sturm, obwohl sie alle Ursache hätten, über die Sache zu schweigen. Die Durchführung des Baues war schon vor Jahren nötig und sie hätte vorgenommen werden können, als sie noch verhältnismäßig billig zu stehen gekommen wäre. Anstatt eines Neubaus wurden aber damals, als noch keine Arbeitervertreter in der Gemeindestube saßen, immer nur provisorische Notreparaturen vorgenommen. Die Bürgerlichen haben die Durchführung des Baues einfach der Zukunft überlassen.

Dieser Vorgang ist dafür bezeichnend, wie die Bürgerlichen vor der Verantwortung davonlaufen. Sobald sie vor eine sachliche Entscheidung gestellt sind, nehmen sie, auch wenn sie die Notwendigkeit einer Maßnahme eingesehen haben und ihr zugestimmt haben, Reißaus. Sobald aber Wählerkreise gegen solche Beschlüsse in Opposition treten, laufen sie von der Verantwortung davon und versuchen noch, die Sozialdemokraten anzuschwärzen.

## „Einigermäßen überraschend.“

„Einigermäßen überraschend für die Öffentlichkeit und für die politischen Parteien“ wurden, schreibt die „Prager Presse“, die Gemeindewahlen für den 16. September ausgeschrieben. Der Grad der „Überraschung“ hängt, was das Regierungsblatt zu bemerken vergißt, „einigermäßen“ von der Stellung der politischen Parteien ab, bei den Bundesgenossen von der Peška gleich das „Moh“ der Überraschung vollkommen einer selbstausgewachsenen Null. Zwischen den Zeilen wird das auch ohne weiteres ausgegeben, denn einen Abschnitt weiter heißt es, „die Opposition habe genau so wie die Mehrheit von der jetzigen Ausschreibung gewußt“, sie habe „längst ihre Vorbereitungen getroffen und sei genau so kampfbereit wie die anderen.“ Du unschuldvoller Engel, du! hat man Lust dem Leitartikel entzückt zuzurufen. Als ob das „Vorbereitungen treffen“ und „kampfbereit sein“ genau dasselbe wäre, wie zu einem bestimmten, ganz nah befristeten Datum den ungeheuer komplizierten Wahlapparat einer Partei reibungslos in Gang zu setzen! Als ob man nicht eine Anzahl Unterschriften für die Kandidatenlisten, ein genaues Studium der Wählerverzeichnisse, Agitation und Aufklärung braucht! Als ob „administrative Maßnahmen“, die der „Prager Presse“ zufolge „kaum“ die eine Partei zu schädigen, die andere zu fördern vermögen, in drei Wochen ebenso leicht abgestellt werden können wie sagen wir, in sechs! Das im „Laum“ liegende halbe Zugeständnis klingt pikant, selbst die Regierungskanzlei muß es an die einschränkende Voraussetzung knüpfen: „Solange sich die administrativen Maßnahmen, im Rahmen des Gesetzes bewegen.“ Wie weit gesteckt wohl der Rahmen des Gesetzes in der Slowakei sein mag? Oder schenken vielleicht die berühmten „Anweisungen“ für die slowakische Wahlmache auch in jenen Rahmen?

Je weiter sich der Leitartikel in der Verteidigung des gerechten, unparteiischen Sinnes der Regierung vorwagt, desto tiefer reitet er sie und sich hinein, am meisten durch die salbungsvolle Begründung, daß die Parteien die „produktive Arbeit“ leisten wollten, einer lang ausgedehnten Agitation abhold sein müßten. Also schwebte der Peška doch wohl das hohe Ziel vor Augen, die Agitation abzuschneiden, und sie dürste sich in der Zurechtweisung, das Urteil der Wähler über das Geleistete stünde schon lange fest, einer Werbearbeit bedürfte es da nicht mehr, keineswegs sicher fühlen. Und genau so glaubhaft klingt es, daß die Regierung erst vier Tage, bevor die Wahl für den 16. September ausgeschrieben werden mußte, sich entschloß, in der ganzen Republik an einem Tag und nicht auf mehrere Sonntage verteilt, die Wahlen vorzunehmen.

In dem einen Auge des Artikelbeschreibers flackert sichtlich die Verlegenheit, eine laune Sache verteidigen zu müssen, im andern laßt der Hohn, daß es der Regierung gelang, die Opposition an der Nase zu führen und über den Kopf zu haugen. Halb Winkeladvokat, halb heiliger Liquor, so präsentiert sich der Herr „d“ als würdiger Kopf flechter einer auf Ablehnungen und Kniffe reumtunenden Regierungsmehrheit.

## In der Slowakei werden die Wahlen „gemacht“!

Offenbar deshalb, weil die Slowakei an Polen und Magyaren grenzt, sollen dort die Wahlen auf polnische und magyarsche Weise „gemacht“ werden. Wir haben bereits vor längerer Zeit die im Parlament verlesenen Erlasse der Karpathorussischen Landesverwaltung gebracht. Im „Vorwärts“ ist nun ein Dokument abgedruckt, das zeigt, wie die Wahlen in der Slowakei vor sich gehen sollen.

Zupanat in Zwolen Nr. 7378/20. Gegenstand: Intervention in wirtschaftlichen Angelegenheiten des Zupanats XVIII. An das Ministerium für öffentliche Arbeiten, zu Händen des Herrn Generaldirektor Mayer, Prag. Wir hören, daß in den staatlichen Betrieben in Bobbfesov eine weitere Einschränkung der Arbeiter in den sogenannten alten und neuen Abrechnungen erfolgen soll, deren Erzeugung der Witwoviger Betriebe verkauft wurde. In Anbetracht dessen, daß das genannte neue Abrechnungssystem modern eingerichtet ist und daß im Zupanat XVIII eine ständige akute Wirtschaftskrise herrscht, gestatten wir uns die Bitte, daß von dieser Einschränkung der Produktion Abstand genommen wird. Wir gestatten uns das um so mehr im Hinblick auf die bevorstehenden Gemeindewahlen zu verlangen, da ein derartiges Vorgehen in den Staatsbetrieben eine schlechte politische Lage für die staatsbehaltenden Parteien herbeiführen würde und die Agitation für die Volkspartei und die kommunistische Partei erleichtert würde. Zugleich gestatten wir uns darauf aufmerksam zu machen, daß man in Anbetracht der Gemeindewahlen eine Revision der bisher entlassenen Arbeiterschaft in Bobbfesov und den übrigen Staatsbetrieben nach ihrer politischen Zugehörigkeit vornehmen möge. Es würde den staatsbehaltenden Parteien dienlich sein, wenn die Arbeiterschaft dieser Parteien in den Dienst wieder eingestellt würde und man dafür die kommunistische und sozialistische Arbeiterkraft entließ. Gerade die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist darüber erregt, daß in Bobbfesov die Mehrzahl der sozialdemokratischen Arbeiter entlassen wurde, während die kommunistischen und sozialistischen in der Arbeit belassen wurden.

Zwolen, den 7. Juni 1923.

Der Zupan, Dr. Slavit.

Es sollen also „staatsfeindliche“ Arbeiter geächtet werden, um die Stimmenzahl der oppositionellen Parteien zu drücken. Dieses Dokument, für dessen Wichtigkeit wir dem „Vorwärts“ die Verantwortung überlassen müssen, ist ein so unerhörter Skandal, daß es sich wohl erübrigt, ihn noch näher zu charakterisieren.

## Die Prager Wahlen.

Eine amtliche Verlautbarung besagt:

Auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 6. Februar 1920 wurden die Gemeindewahlen in die Zentralverwaltungs-Kommission von Groß-Prag auf Sonntag, den 16. September festgesetzt.

Gemäß den Wahlvorschriften werden 100 Mitglieder gewählt werden, die aber nicht zugleich als Kandidaten für die Lokalausschüsse aufgestellt werden können. Die Basis für die Wahl bilden die ständigen Wählerlisten. Die Wählerlisten sind innerhalb von 14 Tagen zur Einsicht in folgenden Amtsräumen Groß-Prags ausgelegt: Lieben, Witzschan, Karolinental, Žitkov, Weinberge, Brdčovic, Rusle, Podol, Smichow, Rojšitř, Pševnov, Dejvitz und im Alstädter Rathaus.

Die Kandidatenlisten müssen in zwei Abschriften beim Präsidium der Zentralverwaltungs-Kommission im Alstädter Rathaus bis spätestens 2. September abgegeben werden und müssen folgendes beinhalten: Namen und Bezeichnung der Wahlpartei, ein Verzeichnis der Kandidaten, deren Höchstzahl aber nur 150 betragen darf, und Nennung des Bevollmächtigten der Wahlgruppe und seines Vertreters. Die Kandidatenliste muß mit der eigenhändigen Unterschrift von mindestens 500 Wählern unterzeichnet sein.

Die Wahlräume werden in der Wahlordnung, die nach § 30 ausgehängt wird, näher bestimmt und angegeben werden.

Wahlkommission: Die Wahlkommissionen, die für jeden einzelnen Wahlraum ernannt werden, führen nur die im § 43 bestimmten Arbeiten durch, während die übrige Leitung der zentralen Wahlkommission zufällt. Die Bevollmächtigten der kandidierenden Parteien, die eine Vertretung in den Wahlkommissionen und in der Zentralkommission anstreben, haben ein Mitglied und einen Ersatzmann für jede Wahlkommission der Wahlabteilung der politischen Landesverwaltung in Prag III, Petenpla ulice, bis spätestens 8. September 1923 zu nominieren, doch dürfen Kandidaten nicht Mitglieder der Wahlkommission sein.

Listenkoppelung: Parteien, die sich für eine Listenkoppelung entschieden haben, haben eine, durch ihre Bevollmächtigten unterfertigte Verjüngung beim Präsidenten der Zentralverwaltungs-Kommission, spätestens am achten Tage vor der Wahl einzubringen.

Auf Grund des § 11 der Wahlordnung wurden die Wahlen in die Lokalausschüsse für Groß-Prag auf Sonntag, den 23. September 1923 festgesetzt. Für den Lokalausschuss des I. bis VII. Bezirkes werden 42 Mitglieder gewählt, für Lieben 24, Witzschan 18, Karolinental 42, Žitkov 30, Weinberge 30, Brdčovic 24, Rusle 24, Podol 12, Smichow 30, Rojšitř 18, Pševnov 18 und Dejvitz 24.

# Der Kampf der Bergarbeiter.

## Der fünfte Streittag.

Eine erweiterte Sitzung der Zentralstreikleitung. — Billigung des Verhaltens der Arbeiterunterhändler bei den Donnerstag-Verhandlungen. — Ein konzentrischer Angriff des Grubenkapitals. — Die Regierung gibt ihre passivste Resistenz auf?

Prag, 24. August.

In der heutigen gemeinsamen Sitzung der Zentralstreikleitung und der Vorstehenden aller Revierstreikleitungen wurde zunächst festgestellt, daß mit Ausnahme einiger kleiner, gar nicht ins Gewicht fallender Schächte, der Streik ein vollkommener und allgemeiner ist, daß die Sicherungsmannschaften zur Erhaltung der Gruben überall beigelegt werden und daß in allen Revieren musterhafte Disziplin und Ordnung, gepaart mit unbegreiflichem Kampfeswillen, unter den Bergarbeitern herrscht.

Der Bericht der Zentralstreikleitung über ihre Tätigkeit als auch über ihre Bereitwilligkeit, den Konflikt im friedlichen Wege zu regeln, wurde zur Kenntnis genommen und ihr Verhalten bei den Verhandlungen mit den Vertretern der nordwestböhmischen Unternehmer, die infolge des Antrages der Unternehmer ergebnislos verliefen, gebilligt. Aus dem Situationsberichte der Zentralstreikleitung geht hervor, daß es sich hier um einen bereits vorher zwischen den Grubenunternehmern aller Reviere und dem Verband der Industriellen vereinbarten Angriff handelt und daß die Unternehmer aller Reviere hinter den Forderungen der Ostrauer Unternehmer stehen.

Nach den gescheiterten Verhandlungen mit den Unternehmern Nordwestböhmens sind die Aussichten für neue Verhandlungen in möglichem Maße gering. Auf einen konkret gestellten Antrag der konzentrierten Bergarbeiterverbände in der letzten Woche vor dem Streik, ob der Verband der Grubenbesitzer sich kompetent erklärt, in Verhandlungen über Aufstellung von einheitlichen Verhandlungsgrundlagen für die Regelung der Konflikte in den einzelnen Revieren zu treten und zu diesem Zwecke den gefälligen Vertrag in Ostrau terminiert zu verlängern, hat der Verband der Grubenbesitzer keine Antwort gegeben.

Mit Rücksicht auf diese Umstände und mit Rücksicht darauf, daß in dem gegenwärtigen Streik bisher der objektive Vermittler, der früher das Ministerium für öffentliche Arbeiten war, fehlte, konnte, trotz der Bereitwilligkeit der Zentralstreikleitung, eine Basis für die Regelung des Konfliktes nicht erzielt werden.

Mitglieder. Die Basis für diese Wahlen bilden die ständigen Wählerlisten, die im oben angeführten Zeitraum aufgelegt werden. Die Kandidatenlisten müssen in zwei Abschriften, spätestens bis 9. September dem Präsidium der Zentralverwaltungs-Kommission eingereicht werden und daselbe beinhalten, wie die Kandidatenlisten für die Wahl in die Zentralverwaltungs-Kommission. Abweichend hiervon ist nur die Beibehaltung der Kandidatenlisten für die Wahlen in die Lokalausschüsse in Witzschan, Podol, Rojšitř und Pševnov mit nur 50, alle übrigen mit 100 Unterschriften der Wähler versehen sein müssen.

Listenkoppelung, Bekanntgabe der Wahlräume und die Zusammenstellung der Wahlkommissionen analog den Wahlen in der Zentralverwaltungs-Kommission.

## Die Wahlvorbereitungen unserer Genossen im Teplitzer Bezirke.

Montag abends fand in Teplitz eine Sitzung der erweiterten Bezirksvertretung unserer Partei statt, an der auch die sozialdemokratischen Bürgermeister, Gemeindevorsteher, die fraktionslos-sitzenden und die Lokalvertretermänner teilnahmen. Den einzigen Beratungsgegenstand bildeten die Gemeindewahlen. Genosse Krenjer berichtete zunächst, daß die Regierungsparteien ein Ueberrumpelungsmanöver auszuführen beabsichtigten und daher bis zum letzten Augenblick den Wahltag geheimhielten. Er erläuterte sodann verschiedene wahltechnische Angelegenheiten. Ueber wahltaktische Fragen wurde eine rege Debatte abgeführt, nach der einstimmig beschlossen wurde, prinzipiell die Koppelung abzulehnen. Entwickeln sich in den nächsten Tagen in manchen Orten außergewöhnliche Zustände, so hat über das weitere Vorgehen die Lokalorganisation die Entscheidung der Bezirksorganisation einzuziehen. Um den ungestörten Verlauf aller Wahlversammlungen zu ermöglichen, hat der Versammlungsschuss noch den hierfür ergangenen Weisungen zu handeln. Die Konferenz zeigte deutlich, daß die Parteigenossen des Teplitzer Bezirkes den in den nächsten Tagen an sie heran tretenden Aufgaben vollkommen gerüstet gegenüberstehen.

Außerordentliche Sitzung der Kreisbezirkskommission. Mit der Tagesordnung: Vorbereitung der Gemeindewahlen findet heute vormittags im Beratungszimmer des Karlsruher „Volkswillens“ eine außerordentliche Kreisvertreterversammlung statt. — Mit dem gleichen Thema als Tagesordnung findet morgen in Ruffig eine außerordentliche Bezirkskonferenz statt. — Ferner finden außerordentliche Bezirkskonferenzen statt in: Aßb., heute, nachmittags 3 Uhr im Gasthaus „Karlsruhe“ in Aßb.; Eger: am Sonntag, den 26. August, vormittags 9 Uhr, im Hotel „Stefan“ in Eger; Marienthal: Sonntag, den 26. August, vormittags 9 Uhr, im Hotel „Sohened“ in Marienthal und in Wildstein: Sonntag, den 26. August, nachmittags halb 3 Uhr, im Gasthaus „Kramling“ in Großloh.

Die Regierung hat endlich heute durch den Minister für öffentliche Arbeiten der Zentralstreikleitung ihren Standpunkt über die Herabsetzung der Kohlensteuer und über die Herabsetzung der Tarife bekanntgegeben. Obwohl die Erklärung der Regierung nicht alle Details genau präzisiert, ist sie doch von grundsätzlicher Bedeutung und geeignet, Verhandlungsmöglichkeiten zu erleichtern.

In der Sitzung wurden über Antrag des Revierstreikkomitees Ostrau Beschlüsse betreffend die Kohlereien in Ostrau gefaßt, die sich im Rahmen der allgemeinen Streikvorschriften bewegen. Die Lokal- oder Revierstreikkomitees werden darauf verwiesen, daß über alle Streikverschärfungen nur die Zentralstreikleitung entscheiden kann. Die Bergarbeiter werden aufgefordert, den Kampf unter Einhaltung der bisher geübten strengen Disziplin und der Streikvorschriften weiterzuführen.

## Die Privat- und öffentlichen Angestellten zum Kampf der Bergarbeiter.

Die Leitung des Einheitsverbandes der Privat- und öffentlichen Angestellten nahm in ihrer letzten Sitzung Stellung zum Lohnkampf der Bergarbeiter und gelangte einstimmig zu der Ueberszeugung, daß der Standpunkt und der Vorgang der Unternehmer von dem Bestreben diktiert wurde, das Lebensniveau aller Angestellten ständig herabzusetzen. Die Bergarbeiter haben bereits diesem System große Opfer dargebracht, die wesentlich zur Ermäßigung der Kohlenpreise beitrugen. Trotzdem fordern die Unternehmer weiter unerträgliche Lohnreduzierungen, und das zu einer Zeit, wo der Preisabbau für Lebensbedarfsartikel in keinem Einklang zum Sinken der Löhne gebracht werden kann. Mit bewundernswürdiger Ruhe erschöpfte die Bergarbeiter alle friedlichen Mittel zur Verständigung und nahm den Kampf in dem Bewußtsein auf, daß es den Kampf um ein besseres Dasein aller Angestellten gälte. Hiefür bringen wir den streikenden Bergarbeitern unsere innigsten Sympathien entgegen und erklären, daß der Augenblick gekommen sei, wo es notwendig ist, vom Wort zur Tat überzugehen und den kämpfenden Bergarbeitern es auch materiell zu ermöglichen, den Kampf im Interesse aller siegreich zu beendigen.

# Die englischen Arbeiter gegen Poincaré

## Forderung nach baldigen Verhandlungen.

London, 24. August. In der gemeinsamen Sitzung des Generalkongresses des Gewerkschaftskongresses und des nationalen Vollkongresses der sozialistischen Partei in London, auf der der Bericht des Parlamentsmitgliedes Tom Shaw über die Lage im Ruhrgebiet erörtert wurde, gelangte eine Entschließung zur Annahme, in der die Erklärung der französischen Regierung, daß sie die Absicht habe, die militärische Besetzung des Ruhrgebietes fortzusetzen, eine unparteiische Untersuchung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu verwerfen und eine endgültige Festsetzung des Gesamtbetrages der deutschen Reparationen zu verweigern, tief bedauert wird. In der Entschließung heißt es:

Wir appellieren besonders an die französischen Arbeiter und an die sozialistische Bewegung, mit ihrer Macht auf die Annahme einer verständlichen Haltung der französischen Regierung und des französischen Volkes zu

dringen, um die Differenzen bezüglich des Reparationsproblems durch Verhandlungen beizulegen. Die Entschließung fährt fort: Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Bewohner des Ruhrgebietes ihre Regierung bei jeder vernünftigen Regelung der bestehenden Fragen unterstützen wollen, vorausgesetzt, daß sie als freie Männer und Frauen behandelt werden und daß die Drohung mit militärischer Bedrückung aufhört. Wir sind überzeugt, daß der passive Widerstand im Ruhrgebiet nicht auf Anweisung von Berlin zurückzuführen ist, sondern eine spontane Kundgebung eines Volkes ist, das sich weigert, den Diktator der bewaffneten Macht zu gehorchen. Die Entschließung fordert die britische Regierung auf, energisch bei ihren Bemühungen zur Eröffnung von Verhandlungen zum Zwecke der Herbeiführung einer Regelung zwischen Großbritannien, Frankreich und Italien zu verharren.

## Guter Eindruck der Hilferdingrede in London.

Berlin, 24. August. (Eigenbericht.) Die der „Vossischen Zeitung“ aus London gemeldet wird, hat Hilferdings Rede im Hauptauschusse des Reichstages einen außerordentlich guten Eindruck gemacht; alle Berliner Berichterstatter der Londoner Blätter stimmen darin überein, daß es sich um den ersten Versuch Deutschlands handle, die Finanzlage ganz ehrlich einer Lösung zuzuführen. Nach einer Londoner Meldung erklärte der Eisenbahner Thomas, er habe sich bei den Beratungen der Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam davon überzeugen können, daß Deutschland mit der Erhebung einer Kapitalsteuer nunmehr Ernst mache, und daß es darauf ankomme, die gegenwärtige deutsche Regierung, welche die letzte demokratische Regierung sein werde, nach Kräften zu unterstützen. Komme diese Regierung zu Fall, so wäre in Deutschland nur noch die Diktatur von rechts oder links möglich. Die Vorstände der Arbeiterpartei und des englischen Gewerkschaftsbundes haben gestern eine Entschließung gefaßt, in der die englische Regierung nach einmal auf das Ruhrproblem hingewiesen und die Aufforderung an das Kabinett gerichtet wird, nichts unversucht zu lassen, um eine Entspannung in der europäischen Lage herbeizuführen.

## Havenstein muß verschwinden!

Berlin, 24. August. Der Reichsbankpräsident Havenstein, der sich schon bereit erklärt hatte, auf die Leitung der Reichsbank zu verzichten, sobald ein Nachfolger gefunden sei, ist, wie heute der sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet, wieder anderer Meinung geworden, u. zw. soll ihm der deutschnationale Abg. Hessebach, der aus seinem Sommeraufenthalte in Schönlitz nach Berlin zurückgekehrt ist, umgestimmt haben. Der Versuch der Reichsregierung, Havenstein auf gutlichem Wege zum Rücktritt zu bewegen, scheint damit endgültig gescheitert zu sein. Infolgedessen beschäftigte sich noch vor der Abreise des Reichskanzlers nach München, ein engerer Kabinettsrat mit dieser Angelegenheit. Die Regierung ist einmütig der Ansicht, daß Havenstein verschwinden muß. Voranschrittlich wird nach der Rückkehr des Reichskanzlers der Reichstag zusammengetreten, um durch Aenderung des Autonomiegesetzes der Reichsbank, die Entfremdung Havensteins zu erzwingen.

## Ansehen erregende Stimmungsmacherei.

Das tschechoslowakische Preßbüro meldet: Dresden, 24. August. Eine Ansehen erregende Interpellation haben die Deutschnationalen im sächsischen Landtage eingebracht: In ihr wird ausgeführt: Nach Meldungen der kommunistischen Presse haben neuerdings Verhandlungen zwischen der sächsischen Regierung, der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei stattgefunden. Dabei ist von den Kommunisten u. a. folgende Forderung aufgestellt worden: „Waffendepots in größeren Orten gemäß den Vereinbarungen bei der Regierungsbildung. In Reichensbach i. Vogtl. hat der Polizeioberst Schüttinger zu gleicher Zeit in einem Vortrage die Stärkung der Landespolizei durch linksstehende proletarische Hundertschaften gefordert. Nach seinen Aufstellungen handelt es sich um die Aufstellung einer regelrechten irregulären Armee, die den Regierungen in Sachsen und Thüringen im Ernstfälle gegen äußere und innere Feinde zur Verfügung stehen soll. Die Interpellanten fragen die Regierung, was sie außer den für die Polizei bestimmten Waffen noch für Waffendepots zur Verfügung habe, ferner, welche Versprechungen den Kommunisten bei der Regierungsbildung bezüglich der Verfügung über diese Waffenlaager gemacht worden seien. Weiters wird gefragt, ob es sich um sogenannte schwarze Waffen handle, die für die angeführte irreguläre Armee bestimmt seien, und ob für diesen Zweck auch die Waffen und Munition bestimmt seien, die kürzlich den Waffenscheinhabern aus Anordnung der Regierung enteignet worden seien.

Es scheint heinade, als wäre die Interpellation der Deutschnationalen direkt für das tschechoslowakische Preßbüro fabriziert worden, das in der letzten Zeit die Verlorrena der bürgerlichen Presse mit Räuber- und Gräueltatschichten aus

sozialistisch regierten deutschen Ländern zu seiner Spezialität erkoren hat. Daß die bis an die Zähne bewaffnete süddeutsche Reaktion auf den Augenblick wartet, um der deutschen Republik und dem Proletariat in einem Blutbade ein Ende zu bereiten, ist dem trefflichen Preßbüro gewiß sehr wohl bekannt. Aber alle die Münchner Konspirationen haben unserer Nachrichtenstelle nicht den hundredsten Teil jenes Interesses abzuweihen können, das sie, wie wir ständig wahrnehmen, wirklich aufsehenerregend den sozialistischen Regierungen in Deutschland zuwendet. Freilich gibt es auch dafür eine Erklärung: unserer bekümmertes Frankreich wünscht bekanntlich nichts schmerzlicher als den Einmarsch der lorbeerbekränzten Stahlhelme der Dillier, Smeets und Dorn in Berlin. Da aber die einzigen, die diesen Marsch auf Berlin hindertlich in den Weg treten könnten, die bewaffneten sozialistischen Arbeiter sind, und diese keine Lust haben, sich wehr- und waffenlos von der in Frankreichs Diensten stehenden Reaktion abwürgen zu lassen, findet und erfindet das tschechoslowakische Preßbüro täglich Gründe, sich besonders über unsere sächsischen und thüringischen Genossen aufzuregen. Diesmal fand es den Anlaß in der Interpellation der sächsischen Deutschnationalen.)

## Die Kommunisten wählen weiter.

Berlin, 24. August. (Eigenbericht.) Nachdem der preussische Innenminister den kommunistischen Reichsausschuß der Betriebsräte für Preußen verboten hatte, weil er offen zum gewaltsamen Sturz der Verfassung rief, wollte dieser Ausschuß ursprünglich seine Tätigkeit in Sachsen fortsetzen. Er scheint es sich jedoch überlegt zu haben, denn heute teilt die „Rote Fahne“ mit, daß der Betriebsräteauschuß seinen Sitz nach Thüringen verlegt und von dort aus seine Tätigkeit im ganzen Reiche fortsetzen wolle. Diese Umgehung des Verbotes wird die Reichsregierung nicht ruhig hinnehmen können, denn es geht nicht an, daß die Republik gelassen zuseht, wie ihre Grundlagen durch Putschisten von links und rechts untergraben werden.

## Wahrscheinliche Zusammenkunft Baldwins mit Poincaré.

London, 24. August. Nach einer Reuters-Meldung wird in der Reparationsfrage während der nächsten zwei Wochen kein neuer diplomatischer Schritt erfolgen. In der Zwischenzeit werde die Prüfung der Note Poincarés fortgesetzt werden und Baldwin werde während seines Aufenthaltes in Frankreich zweifellos mit Curzon in Fühlung treten und mit ihm den Bericht der britischen Sachverständigen über die französischen Argumente erörtern. Es sei auch wahrscheinlich, daß Baldwin mit Poincaré in etwa zwei Wochen zu einer informellen Unterredung zusammentreffen werde. Bis dahin werde es möglich sein, zu sagen, ob durch die Abhaltung einer formellen interalliierten Konferenz irgend welche fruchtbare Ergebnisse gezeitigt werden könnten.

## Nachrichten aus Deutschland.

**Unternehmensabotage. — Steuer-Revolutionäre. — Bergarbeiterstreiks und Aussperrung von 200.000 Arbeitern. — Leipziger Messe-Notgeld. — Typhus im Ruhrgebiet.**

Berlin, 23. August. Die Berliner Blätter berichten über eine Reihe teils erfolgter, teils angezogener Betriebsstörungen und Betriebsbeschränkungen. Nachdem die Berliner Privatbadeanstalten ihre Pforten geschlossen haben, stellt nun auch die Berliner Reklamegesellschaft die Plakatierung der Anschlagtafeln ein. — Der Verband kaufmännischer Gewerkschaften teilt mit, daß er den Lebensmittelhändlern den Rat gegeben habe, alle seine Angestellten mit Wirkung zum 1. September zu kündigen. In der Mitteilung heißt es, daß die neuen Steuererlasse in ihrer Auswirkung dem Kleinhandel den Todesstoß geben und die Zahlung der zweiten Steuererlässe am 5. Oktober den Ruin der Geschäfte herbeiführen müsse. Das kapitalistische „Berliner Tageblatt“ bemerkt dazu: Die Gewerkschaften haben mit ihrem Aufrufe eine schwere Verantwortung

auf sich geladen, denn die Folgen einer Stilllegung des Lebensmittelhandels seien u. a. b. f. e. h. a. r. Das Blatt hofft, daß es sich nur um ein gegen die Regierung gerichtetes Druckmittel handle. Eine solche Taktik werde nach dem Blatte auf das allerhöchste zu verurteilen sein. — „Dawas“ meldet aus Düsseldorf: Da die Grubenbesitzer die Forderungen der Bergarbeiter auf Erhöhung der Löhne nicht bewilligten, ist überall der Streik wiederaufgenommen worden. Die Direktoren zahlreicher Gruben in Essen, Gelsenkirchen, Bottrop und Mülheim proklamierten die Aussperrung, von welcher an 200.000 Bergarbeiter betroffen sind. In Werden haben die Textilarbeiter die Arbeit eingestellt. — Das vom Leipziger Messesamt mit Genehmigung des Reichsfinanzministers ausgegebene und in ganz Deutschland gültige Notgeld wurde gestern in Umlauf gesetzt und beseitigte vollkommen allen Mangel an Papiergeld in Leipzig. Wie aus Bochum gemeldet wird, ist das Ruhrgebiet typhusverseucht. In den Blättern wird davor gewarnt, sich in der Ruhr zu waschen oder zu baden. In zwei Orten des Bezirkes ist eine Typhusepidemie ausgebrochen. Auch Ruhrverkrankungen sind in den letzten Tagen vorgekommen. — Die Franzosen haben heute morgens 8 Uhr die Zollgrenze bis über die Straße Rammberg—Schöfen—Limburg hinausgeschoben, so daß die ganze Strecke von Höchst über Hofstein nach Limburg jetzt in das besetzte Gebiet fällt. In den Eisenbahnbetrieben haben die Franzosen noch nicht eingegriffen, doch ist im Bahnhof Staffel bereits ein Fahrplan angeschlagen worden, in dem die Einrichtung einer direkten Linie Limburg—Höchst angekündigt wird.

## Nationalsozialistisches Lohmwabehn in Oesterreich.

Wien, 24. August. (Eigenbericht.) Gestern wurde in einer Versammlung der Nationalsozialisten mitgeteilt, daß der Parteiohmann Riehl auf Urlaub sei und nicht mehr in die Parteileitung zurückkehren werde. Dr. Riehl hatte vor einigen Tagen angekündigt, daß am 8. September ein außerordentlicher Parteitag der Nationalsozialisten stattfinden werde, der sich auf Wunsch der nationalsozialistischen Gewerkschaften noch einmal mit der Frage der Beteiligung an den Nationalratswahlen befassen werde. Die nationalsozialistische Parteileitung sagte indessen gestern den Parteitag ab. Die Landesorganisationsgruppen wurden von der Parteileitung verständigt, daß Dr. Riehl aus „Gesundheitsrücksichten“ auf längere Zeit beurlaubt sei und infolge seiner „angegriffenen Gesundheit“ sich nicht mehr politisch, sondern nur als Rechtsanwalt betätigen werde. (Riehl betreibt nämlich in Wien ein Rechtsgeschäft in gros und en detail, das vornehmlich von jüdischen Kunden in Anspruch genommen wird.) In parlamentarischen Kreisen werden diese Meldungen dahin aufgefaßt, daß bei den Fakenkreuzlern in der Frage der Wahlenthaltung eine Spaltung entstanden ist. Riehl tritt nämlich für die Beteiligung an den Wahlen ein, während die übrige Partei sich der Wahl enthalten wird. Man nimmt sogar an, daß Riehl vielleicht sogar gegen den Beschluß der Partei eine eigene Liste aufstellen werde; im übrigen hat die Partei selbst für Kärnten beschlossen, daß mit Rücksicht darauf, daß sonst die Slowenen vielleicht einige Mandate erhalten könnten, sich die Nationalsozialisten an der Wahl beteiligen sollen.

## Blutige Unruhen und Generalstreik in Bilbao.

Bilbao (Spanien), 24. August. (Sabas.) Kommunisten versuchten vergeblich, einen Generalstreik herbeizuführen und griffen die Polizei an, wobei ein Wachmann durch Revolvergeschüsse tödlich verwundet wurde. Die Polizei erwiderte den Angriff mit dem Dienstrevolver und verwundete mehrere Demonstranten. Die Ordnung wurde wiederhergestellt.

Bilbao, 24. August. (Sabas.) Die Arbeiter haben aus Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern den Generalstreik proklamiert.

## Spaniens Marokko-Abenteuer.

Niederlagen und Soldatenmartereien. Madrid, 23. August. (Sabas.) Die Verluste der Spanier bei den Operationen bei Tifariti bezifferten sich auf 300 Tote und Verletzte. Der Feind ließ auf dem Schlachtfeld zahlreiche Tote und Verletzte zurück. Hierbei wurden 300 Eingeborene getötet.

Malaga, 24. August. (Sabas.) Infanteriesoldaten weigerten sich, sich nach Marokko einschiffen zu lassen und töteten einen Offizier. Es gelang den Militärbehörden, die Ruhe wiederherzustellen und die Einschiffung der Truppen fortzusetzen. Wie verlautet, werden strenge Maßnahmen ergriffen werden.

## Lemberg noch in unserem Besitz.

Prag, 24. August. In einer der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Prag vom Madrider Ministerium des Äußeren zugewandten amtlichen Depesche wird gegenüber den unlängst in verschiedenen Blättern erschienenen Berichten über eine angebliche Schlappe der Spanier in Marokko betont, daß die letzten militärischen Operationen in der Zone von Melilla von einem glänzenden Erfolge der spanischen Waffen gekrönt worden sind. (König Alfonso, der oberste Kriegsherr der armen Spanier, ist bekanntlich ein Neffe des ruhmreichen Feldmarschalls Friedrich. Man weiß also, was von den glänzenden Erfolgen der spanischen Waffen zu halten ist.)

# Tages-Neuigkeiten. Galentkruz und Sowjetstern.

Zum Galentkruz sprach der Sowjetstern: „Wir haben uns beide bisher gemieden. Dabei sind wir im tiefsten Bedauern. Doch eigentlich gar nicht so sehr bedauern. Mein Licht beginnt erst recht zu funkeln. Wenn sich die Hirne der Menschen verdunkeln. Und auch du gedeihst in der Dunkelheit. Du prangst inmitten unsfätiger Wörter. In den Wänden der schummrigen, stillen Dörfer. Die eigentlich anderen Zwecken geweiht. — Wir führen die Menschen zu Puls und Empörung. Wir sind die Symbole für Krieg und Zerstörung. Es ist uns beiden der Haß gemeinsam. Gegen Frieden und Demokratie. Mit Zähnen und Klauen bekämpfen wir sie — Aber warum kämpfen wir immer noch einsam? Was wollen wir jeder für sich stoppeln? Ich sah' es seit langem mit tiefem Schmerz — Ein Bündnis wird unsere Kraft verdoppeln: Drum reich' mir die Pfote, Bruderberg!“

Das Galentkruz dehnte sich gleich einem Kraken und schlug begeistert mit allen vier Pfoten. In die dargebotenen Fäden ein: „Ja, laß uns beide Brüder sein! Die Nachkrieg! Weltrevolution! Heil Ludendorff! Heil Sobelsohn! Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen: So können wir schon in kurzer Frist Die Republik zu Grabe tragen! Dann werden wir beide emporgelicht, Und siegreich blähn sich nach und fern Das Galentkruz und der Sowjetstern! —

Was nachher geschieht, darüber mein' ich, Werden wir schließlich auch noch einig!“

So wurde der edle Bund geschlossen. Seitdem sind beide Kampfgenossen. Zum Schutzhellgen aber, wie man erzählt, Haben sie Schlageter gewählt.

Peter Michel.

Und wo bleiben die deutschen Studenten? Die tschechischen sozialistischen und fortschrittlichen Studenten haben an die streikenden Bergarbeiter eine Rundgebung gerichtet, in der sie sie ihrer Solidarität versichern und versprechen, alles zu tun, um ihren Kampf, der auch ein Kampf gegen die politische und kulturelle Reaktion sei, zu unterstützen. In der tschechoslowakischen Streifen aber nicht nur tschechische Bergarbeiter, in den Kohlenrevieren von Teschitz, Brüx und Falkenau müssen sich Zehntausende deutscher Bergarbeiter gegen den Uebermut und die Profitgier der Grubenmagnaten zur Wehr setzen. Wir wissen, daß die deutschen sozialistischen Studenten gleich ihren tschechischen Kollegen den Kampf der ganzen Bergarbeiterchaft mit ihren Sympathien verfolgen. Aber wo bleiben die deutschen nationalen Studenten bei diesem Kampfe ihrer Volksgenossen gegen hartberzige und geldgierige Kapitalisten? Es gab eine Zeit, da die deutschnationale Jugend die Ausbeuter, die deutsche Arbeiter so bedrückten, wie es die Grubenpropheten tun, haßte und verachtete. Es war die Zeit, da die Studenten Adler und Bernertrichter und viele andere sich mit Stolz deutschnationale nannten, sogar Schönerer gegen die Ausbeuter wetterte. Sollten die deutschnationalen Studenten von heute so bar jedes wirklichen Volksgesühles sein, daß sie in dem schweren Kampfe, den deutsche Arbeiter gegen ihre Ausbeuter führen, auf der Seite der Ausbeuter stehen, der schäblichsten Ausbeuter, die es gibt? Wir fürchten ja, die deutschnationalen Studenten sind solche Nationale, die als Volksgenossen nur die Ausbeuter ansehen, den deutschen Arbeiter aber nicht. Die deutschnationalen Studenten sind zwar Fakenkreuzler, die angeblich gegen das Kapital sind, aber als echte Fakenkreuzler erschöpft sich ihr Nationalismus in dem Haße gegen die Arbeiter. Im Kampfe der Bergarbeiter gegen die Rothschild und Gutmann und deren Volksgenossen stehen die deutschnationalen Studenten auf Seite der Rothschilds.

Freie Bahn der tschechischen Prostituierten! Es braucht ein Ruf wie Donnerhall durch die „Narodni Politika“: „Fort mit den deutschen Prostituierten aus Prag, die Prager Straße (im weitesten Sinne) gehört den tschechischen Pfisterinnen der Venus!“ Die aus Berlin und Wien zugereisten „Damen“ sind taktlos genug, in Weinstuben, Rasseehäusern und anderen geheimen Bordells deutsche Woffenhauer zu sinnen, ja, sie wagen es sogar, auf der Gasse tschechische Passanten deutsch anzusprechen und so in diesen statt des Groß das Nationalgefühl ungebührlich aufzuregen! Der Standaal stinkt zum Himmel und deshalb erinnert die „Narodni Politika“ die Besitzer der geheimen Bordells ihrer heiligen Pflicht, nur Tschechinnen an den Meisttrinkenden zu verputzeln, nur tschechische Sauf- und „Viebes“-Vieder zu dulden und mit dem Schwerte des Erzengels gerüstet dazustehen, um die deutsche Konkurrenz vom Markte des Fleisches fernzuhalten. „Amerika dem Amerikanern!“ lehrt die Monroeoktrin, „dem Geschlechtsbedürfnis des Prager Tschechen nur ein tschechisches Geschlecht“ ruft variierend die „Narodni Politika“. Die Forderung leuchtet so sonnenhell ein, daß man über ihr spätes Auftauchen ehlich erstaunt sein darf, und es ist auch reichlich spät, wenn die „Narodni Politika“ erst jetzt für ihre hehren Ziele bei Bordellwirten und Dirnen um Bundesgenossenschaft wirbt. Denn diese drei Zierden Prags gehören schon längst zu einander.

Die empfindenden Grenzschikanen. In unserem Komotauer Bruderblatt wird über Vorfälle auf der Galtestelle Schmiedeberg an der

Grenze gegen Sachsen berichtet, die von empörender Brutalität sind. Ein Genosse berichtet, daß er am letzten Sonntag bei einem furchtbaren Regenwetter auf dem Bahnhofs in Schmiedeberg ankam. Die wenigen Passagiere, durchwegs arme Leute, mußten ihr beschweißenes Gepäck im Regen auf dem Bahnsteig liegen lassen, da es in der Halle keine geschützten Wartezimmer gibt. Dann erschien ein in Schmiedeberg stationierter Gendarmenwachmeister und schrie die Leute an: „Im Namen des Gesetzes, alles aufmachen“. Einem Arbeiter, der beteuerte, daß er nichts mitbrachte, als Wäsche und Arbeitskleider, gab er barsch zur Antwort: „Wenn Sie nicht aufmachen werden Sie im Bezirksgericht dazu Zeit haben“. Auch gegen ein Dienstmädchen, das nichts mitbrachte, ging dieser Vertreter der Obrigkeit sehr rücksichtslos vor. Zu diesem Bericht bemerkt ganz richtig unser Komotauer Bruderblatt, daß sich die Staatsgewalt durch ein solches Vorgehen nur lächerlich mache, da es ja keinem Schmuggler einfallen wird, mit seiner Ware auf den Haltestellen bei der Grenze herumzuwarten.

**Der Schulbeginn an den Volks- und den Bürgerschulen.** Dieu schreibt der Reichsverband der deutschen Bürgerschullehrerschaft: Nach Erkundigungen im Schulministerium kommt hierfür nicht der Landeschulratserlaß vom 5. Mai 1919, sondern die hier noch gültige Schul- und Unterrichtsordnung vom 29. September 1905, die in § 33 festsetzt, daß die Eltern oder deren Stellvertreter verpflichtet sind, die in ihrer Obhut stehenden Kinder an einem der drei letzten Tage vor Beginn des Schuljahres der Schule zur Aufnahme zuzuführen. Da das Schuljahr am 1. September beginnt, so finden die Einschreibungen am 29., 30. und 31. August statt.

**Weshalb Dr. Kramarsch Sowjetrußland haßt.** Der tschechische Kommunist Japotski erzählte in einer kommunistischen Manifestationsversammlung, daß er bei seinem Aufenthalt in der Krim auch Jalta besucht habe, wo sich die Villa Dr. Kramarsch befindet. Diese Villa sei mit einem Luxus eingerichtet, wie er sonst nur in den Jarenischlößern üblich war. Die Villa beherberge russische Studenten, die hier über Auftrag der Sowjetregierung ihren Urlaub verbringen. Diese Beschlagnahme sei der Grund des Hasses Dr. Kramarsch gegen Sowjetrußland.

**Die Bezüge der Kontrollkommission der Entente in Deutschland.** Von unterrichteter Seite erfährt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß die Mitglieder der in Deutschland tätigen Kontrollkommission für die zweite Augustwoche folgende Bezüge haben: General 180,173,000 Mark, Oberst 146,970,000, Major 113,782,000, Hauptmann 85,343,000, Unteroffizier 49,300,000, Soldat 37,933,000 Mark. — Und für wissenschaftliche Arbeiten werden in Deutschland Preise von 50,000 Mark ausgeschrieben, weil die Universitäten kein Geld haben.

**Ein Monat im Boot auf hoher See.** Aus London wird berichtet: 32 Schiffbrüchige des Dampfers „Trevesa“, die sich am Bord des am Freitag nach Tilbury gekommenen Dampfers „Goortha“ befinden, sind von den Sirenen aller im Hafen ankommenden Schiffe begrüßt worden. Der Dampfer „Trevesa“ ist am 3. Juni inmitten des Indischen Ozeans gesunken. Die Besatzung, welche sich in zwei offene Boote flüchtete, brachte auf dem Meere mit geringen Vorräten und nahezu ohne Wasser ungefähr einen Monat zu, wobei sie zeitweise gegen ein stürmisches Meer ankämpften hatte. Die Reder veranalteten an Bord der „Goortha“ für die Schiffbrüchigen ein Festmahl.

**Brand der Rotenbank in Neapel.** In der Paul von Neapel ist Donnerstag ein Brand ausgebrochen, der das typographische Material der Buchdruckerei und eine Menge Banknoten vernichtete. Der Sachschaden wird auf drei Millionen geschätzt.

**Brand eines spanischen Zollamtes.** Ein Brand vernichtete die Magazine des Zollamtes in Frun (Spanien). Der angerichtete Sachschaden wird auf drei Millionen geschätzt.

**Ein Autounfall des Ministers Rodza.** Minister Dr. Rodza ist in der Nacht auf gestern von Prag über Neufahr nach Topoltschan abgereist. Auf der Reise von Neufahr mittels Automobils erlitt er einen Unfall. In der Entfernung von ungefähr fünf Kilometern von Neufahr ließ plötzlich dem Automobil ein Bediensteter des nahen Wirtschaftshofes in den Weg, von dem später festgestellt wurde, daß er schwachsinnig sei. Der Chauffeur des Automobils, der einen Unfall verhindern wollte, bremste so heftig, daß ein Bestandteil des Motors brach, der Wagen einen heftigen Ruck bekam und stürzte. Dabei wurde der Minister ungefähr sechs Meter weit vom Wagen geschleudert, während der Chauffeur mit den Füßen unter das Automobil geriet. Die Verletzungen beider sind zum Glück leichter Natur. Der Minister konnte sogar vom nahen Wirtschaftshof einige Männer zu Hilfe rufen, mit denen er dann gemeinsam den Chauffeur aus seiner Lage befreite. Der Chauffeur wurde in das Hospital in Neufahr befördert.

**Einbruch in eine Konsumvereinskassa.** In der Nacht von Montag auf Dienstag wurde in der Filiale Polau des Ausfiger Bezirkskonsumvereines von unbekannten Tätern eingebrochen. Die Diebe drangen durch das Vorhaus in das Geschäft ein, erdrachten eine Tür mit drei Schlössern und die Kassa, in der sie aber nichts vorfanden, da das Geld dort nicht über Nacht aufbewahrt wird. Hingegen fielen den Dieben Tegtwaren im Betrage von über 7000 Kronen in die Hände. Die Nachforschungen nach den Tätern werden von der Polizei und der Gendarmarie gepflogen.

**Witterungsüberblick am 24. August.** Donnerstag gelangten unsere Gegenden unter die Wirkung eines Hochdruckgebietes, das sich über die Alpen hinweg gegen Südrußland fortbewegt hat. Nach einigen Regenschauern in der Nordflanke (drei bis vier Millimeter) und in Karpatenrußland (1/2 Mm.), die noch mit den vorgestrigen Nachtgüssen in der Republik zusammenhängen, trat daher fast überall Ausheiterung ein. Erst heute Freitag beginnen jedoch die Temperaturen, die nachts fast durchwegs unter 10° C (in Eger auf 5°) gesunken waren, sich auf oder über 25° C zu erheben. Die Hochdruckwirkung hält noch an, trotzdem eine ausgedehnte Depression (Kern 747 Mm. Nordsee) bereits ganz Westeuropa umfaßt und auch bei uns das Barometer zu rapidem Rückgang zwingt. Im Laufe des morgigen Tages dürfte das Staatsgebiet in die Rückseite des südlichen Hauptausläufers der Depression gelangen; dabei ist zeitweise Niederschlag, vielfach unter Gewittern, sowie Windberührung von Südost nach West zu erwarten. — Wahrscheinliches Wetter am 25. August: Verhäkete Bewölkung, Neigung zu Gewittern und Regenschauern, etwas kühl, später Westwind.

**Prager Chronik.**

**Deutsche Privatschule für Lieben, Wlatschan, Ploubetin, Profel und Kobylis.**  
Die Einschreibungen in die fünfklassige deutsche Schule und in den deutschen Kindergärten finden am 30. und 31. August von 9 bis 12 Uhr im Schulgebäude, Primatorsta 212, statt.

**Neue Preise für Süßwasserfische.**  
Ab 1. Oktober gelten nach einer neuen geschlossenen Vereinbarung für Süßwasserfische pro Kilogramm folgende Preise: Karpfen 11,75 K (gegenwärtig 12,80 K), Schleie 10,75 K, Hechte 12,30 K, Schille und Forellen 22 K.

**Aus dem Polizeibericht.**  
Bei einem Prager Geldinstitut hat der Kassier Mittwoch statt 200.000 den Betrag von drei Millionen ausgezahlt. Dieser ungeheuerliche Irrtum wird nur dadurch gemildert, daß es sich dabei um österreichische Kronen handelte, aber die Differenz beträgt doch immerhin über 1200 K. Der Empfänger war ein Mann in hellbraunem Anzuge, der von einer Dame begleitet war. Er wird ersucht, den irrtümlich empfangenen Betrag zurückzustellen, da der Kassier sonst für den Abgang aufkommen müßte. — Die fortgesetzten Erhebungen der Wiener und Prager Sicherheitsbehörde in Angelegenheit des unsterblichen Todes der aus Prag stammenden Johanna Hymel-Wagner, die vermutlich einem Mordattentat ihres Gatten zum Opfer gefallen sein dürfte, haben neuerliche Beweise für die Schuld des Gatten zutage gefördert. Bekanntlich war Hymel vor seiner Verheiratung mit der Wagner mit zwei anderen Mädchen, einer gewissen Marie Klekla aus Caslawa, deren Aufenthaltsort bisher unbekannt ist, und dem Stubenmädchen Anna Zahra verlobt. Da Hymel für die abzuschließende Lebensversicherung auf 150.000 K ein ärztliches Zeugnis seiner Frau benötigte, diese aber mangelnd war, führte er die Jahre unter dem Eheversprechen zu einem Wiener Arzte, dem er sich als Doktor vorstellte; er ließ sich von demselben ein Zeugnis ausstellen, jedoch ohne Namen. Hymel versicherte dem Arzte, daß er als Kollege diese Eintragungen selbst vornehmen werde. Der leichtgläubige Arzt ging darauf ein. Hymel landte das gefälschte Zeugnis der Lebensversicherungsanstalt nach Brünn und schloß die Versicherung auf den genannten Betrag ab, der im Falle des Ablebens seiner Frau ihm ausbezahlt werden sollte.

**Im Süden.**

**Italienreise des Allgemeinen Karlsbader Volksbildungsvereines.** — 25. Juli bis 2. August.

Der Karlsbader Volksbildungsverein, welcher schon auf eine ganze Reihe gelungener Reiseveranstaltungen zurückblicken kann und für das nächste Jahr neuerliche Fahrten nach Deutschland, Italien, Dänemark, Schweden und Norwegen vorbereitet, kann die abgeschlossene Italienreise zu einer seiner erfolgreichsten zählen, umso mehr, als die Reise in die Hochsaison der Reisezeit fiel und es wahrhaftig nicht gerade leicht ist, jeden Wunsch der mehr als 300 Reisetilnehmer restlos zu erfüllen. Der Sammelpunkt war Eger, und außer Böhmen hatten Mähren, Schlesien und die Slowakei mehr als 50 Teilnehmer allein gestellt. Die Abfahrt mit dem Sonderzuge der Deutschen Reichsbahn erfolgte am Spätnachmittage. In Weiden, Regensburg und München gab es kurze Aufenthalte; die Bahn- und Zollrevision in Aufstein wickelte sich infolge entsprechender Vorbereitungen der Reiseleitung rasch und kluglos ab. Um fünf Uhr früh wurde Innsbruck erreicht. Dann wurde der bereits in Aufstein beigelegte italienische Sonderzug, der sehr sauber gehalten war, wieder bestiegen und bei herrlichem Wetter vollzog sich die Fahrt über den Brenner, welchen die Bahn zu einer Höhe von 1900 Meter erklimmt. Die gewaltigen Bergriesen Nordtirols mit ihren Gletschern und Schneefeldern wirkten eindringlich auf jeden Beschauer ein. Am Brennerpaß gab es wieder Revision. Die italienischen Beamten erwiesen sich als höflich und zuvorkommend. Nach kurzem Aufenthalt ging es in rascher Folge ins Eisacktal hinunter an Franzensfeste und Trizen vorüber, nach Bozen. Deutsche Parteigenossen in Bozen hatten für eine kluge Unterkunft und Verpflegung wader vorgesorgt, so daß es nur geringfügige Vorkäufe gab. Der zehntägige Aufenthalt in Bozen wird jedem Reisetilnehmer in angenehmer Erinnerung bleiben. Die Reiseleitung schob hier einen für alle Teilnehmer kostenlosen Ausflug nach Meran ein. Eine Abend-Ausfahrt auf den Virgl und sonstige Aus-

flüge lohnten reichlich den Aufenthalt. Auch an Dünor, wenn auch mitunter unfreiwillem, fehlte es nicht. So erkundigte sich eine Dame allen Ernstes bei der Reiseleitung, ob diese das Alpenglüh im Rosengarten, einem sehr mächtigen Gebirgshof, rechtzeitig bestellt habe. Nach beruhigenden Zusicherungen gab sich die Verehrerin des Alpenglühes zufrieden. Dann ging es anderen Tages zeitlich mit der Bahn weiter nach Trient, Rovereto bis Verona. Und während in der Heimat kaltes und unfreundliches Wetter herrschte, brannte die italienische Sonne erbarungslos auf die Reisetilnehmer hernieder. Verona, eine Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern, macht, abgesehen von seinen zahlreichen Bau- und sonstigen Denkmälern, den Eindruck einer schmuggigen Stadt. Das Schenswerteste ist wohl die „Arena esterna“, die einen Fassungsraum für 40.000 Besucher hat. Plakate erinnern an vor kurzem stattgefundene Stierkämpfe, derzeit werden dort große italienische Opern aufgeführt. Infolge der Hitze gibt es nur Nachvorstellungen, die um elf Uhr abends beginnen und um drei Uhr früh enden. Der Verkehr ist sehr lebhaft. Radfahrer gibt es eine Unmenge, die ein rasendes Tempo einschlagen und durch schrille Pfeife auf ihre nicht gerade immer sehr angenehme Anwesenheit aufmerksam machen. Fremdenführer klärten die laufenden und schweigenden Teilnehmer nach Möglichkeit auf. Nachmittags wurde wieder der Zug bestiegen und vorüber zu den Schlachtfeldern von Solferino und Santa Lucia ging es nach Peschiera, dem südlichsten Hafenort des Gardasees. Der größte Seedampfer „Italia“ mit einem Fassungsraum für 1000 Personen war eingetourt worden und daher konnte jeder Reisetilnehmer die mehr als vierstündige Seefahrt in größter Bequemlichkeit mitmachen. Die Farbe des Sees ist herrliches Blau, die Seelust wirkte auf alle Teilnehmer erfrischt und belebend. In Salo war erster Aufenthalt, dann ging es an dem polnumblühenden herrlichen Gardone vorüber nach Necesino und von dort nach Riva. Rechts und links sieht man an den Felsen und Schroffen traurige Mahnzeichen des jahrelangen Völkermordens. Rechts von Riva stehen die Überreste des zerstörten und gesprengten Festungswerkes Torbole. Das unweit des Sees gelegene Hotel Riva weist heute noch schwere Schäden des Bombardements auf. Von Riva aus wurden zahlreiche Ausflüge unternommen. Wildromantisch braust in der Nähe von Arco der Veronesefall herunter. Eine halb zerstörte Wasserleitung und ein in Schutt verandertes elektrisches Werk geben Zeugnis, daß auch in dieser paradiesischen Gegend der Krieg gewütet hat. Sehr eifrig und lebhaft huldigt die Jugend Arcos dem Bolospiel, das mitten auf der Straße unbekümmert um den Verkehr ausgetragen wird. Bonalefall und die gleichnamige Straße erfreuten sich ebenfalls eines starken Besuches. Abends besuchte eine große Anzahl der Reisetilnehmer den Gardasee mit Motor- und Ruderbooten. Am anderen Morgen ging es mittels Sonderzuges der Kleinbahn nach Mori. Eine prächtige Fahrt durch eine herrliche Gegend. Leider wird der Ausblick verhäkelt durch sehr viele traurige Mahnzeichen des Krieges. Der smaragdgrüne Lopiocsee ist die traurige Grabstätte vieler Hundert von Menschen. Mori, ein ziemlich großer Ort, ist völlig neu aufgebaut, doch gibt es noch immer viele Ruinen früherer menschlicher Wohnstätten. In Mori wurde wieder der Sonderzug bestiegen und in rascher Fahrt ging es über Triest und Bozen wieder Brenneraufwärts. In Bozen nahmen wir Abschied von unseren Gesinnungsfreunden, die uns liebe Gesellschafter und Ratgeber gewesen waren. Die Revision am Brenner durch die italienischen und österreichischen Behörden vollzog sich sehr rasch und der Sonderzug ging noch vor dem fahrplanmäßigen Schnellzug ab, so daß wir um mehr als eine Stunde früher in Innsbruck eintrafen. Innsbruck wimmelte geradezu von Fremden und es hatte den Anschein, als sollte die Unterbringung einer Anzahl Teilnehmer Schwierigkeiten bereiten. Aber unsere Innsbrucker Freunde und Reiseleitung wurden sehr rasch dieser anfänglichen Schwierigkeiten Herr und um sechs Uhr abends sahen alle Teilnehmer ruhig beim Abendbrot. Einige schliefen, aber sehr intelligente Arbeiter stellten sich als Führer zur Verfügung und am nächsten Morgen begannen wir mit der Besichtigung der Innsbrucker Sehenswürdigkeiten. Der Berg Mel mit dem Hofer-Denkmal wurde vormittags, der Hungerberg nachmittags besucht. Hervorzuheben wäre das sehr schöne Heim der Innsbrucker Kinderfreunde sowie die beiden Kindererholungsstätten im Gelände der Frau Hütt. Opfermut und Ausdauer der Innsbrucker Arbeiterschaft haben dieses Werk zustande gebracht. Dann hieß es Abschied nehmen und hinein in den Extrazug der elektrisch betriebenen Karawebobahn. Leider verbarb das Regenwetter den Ausblick und auch der Besuch von Garnisch-Partenkirchen wurde dadurch sehr beeinträchtigt. Dann fuhren wir weiter am Rodelf- und Starnbergersee vorüber nach München. Das Essen hier im Hotel „Bayerischer Hof“ war gut und reichlich, die Bedienung aufmerksam, nur kostete selber die halbe Bier 40.000 Mark. Unsere Wissenschaft von den deutschen Preisen erfuhr ihre Erweiterung beim Besuche der Geschäfte und Kaufhäuser. Für ein Hemd verlangte man die Kleinigkeit von drei Millionen Mark und seither dürfte es noch schlimmer geworden sein. Beim Abendessen gab es einige kurze Abschiedsworte, eine Sammlung für die Rückhiffe und vor Mitternacht fuhr der Zug nach Eger ab. Hier sagten einander die auf der Reise bekannten gewordenen Lebewohl und, befreit über den gelungenen Verlauf, schieden die Teilnehmer und freuten sich jetzt schon auf die nächstjährige Reise nach Dänemark und Schweden.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Der Streik in der Zuteindustrie beendet.** Der Ausstand der Zutearbeiter ist, wie selbst die bürgerlichen Blätter berichten müßten, mit einem Erfolg der Arbeiterschaft beendet worden. Der Anschlag der Unternehmer, die eine 15prozentige Lohnreduktion verlangten, konnte abgewehrt werden und die Scharfmacher, denen es nach wochenlangem Kampf nicht gelungen war, die Streikenden müde zu machen, gaben sich schließlich mit einem Lohnabbau von — einem Prozent zufrieden.

**Ein neues tschechoslowakisches Forstgesetz.** Im Ministerium für Landwirtschaft wird ein neues Forstgesetz ausgearbeitet, das zunächst eine Umfirmierung der Rechtsverhältnisse bezüglich der Waldungen in den historischen Ländern durchzuführen wird. Ferner sollen die Rechtsverhältnisse der Angestellten auf staatlichen und privaten Großgrundbesitzen geregelt werden. Schließlich werden, um die stellenweise noch vorhandenen Urwälder der Republik vor der Vernichtung zu bewahren, Vorbehalte vorgenommen. Das neue Forstgesetz soll erst nach vollständiger Durchführung der Gaueninteilung in Kraft treten.

**Eine jubelnde gewerkschaftliche Landeszentrale.** Der schwedische Gewerkschaftsbund kam in diesem Monat auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Bei der Gründung schlossen sich zwölf Verbände mit insgesamt 28.000 Mitgliedern dem Bunde an. Im Jahre 1909 war die Zahl der Verbände auf 28 mit insgesamt 162.391 Mitgliedern angewachsen. Nach Beendigung des Generalstreiks im Jahre 1919, der größte und schwerste Kampf, den die schwedischen Gewerkschaften zu bestehen gehabt haben, ging die Mitgliederzahl auf 85.176 zurück. Seitdem ist die Mitgliederzahl ständig gestiegen und am 31. Dezember waren 33 Verbände mit 292.917 Mitgliedern dem Gewerkschaftsbund angeschlossen.

**Die Organisationen der holländischen Intellektuellen vereinigen sich.** Am 15. Oktober d. J. soll eine Konferenz der Hauptverbände verschiedener Verbände der Kopfarbeiter: Privatangestellte, Lehrer, Beamte, Techniker, Zeichner, Vermeister usw. stattfinden, die eine endgültige Entscheidung über die Gründung einer besonderen Landeszentrale der Kopfarbeiter fassen soll. Eine aus Vertretern der genannten Verbände bestehende Kommission hat diese Frage untersucht und sich für die Errichtung einer solchen Zentrale ausgesprochen.

**Die Erziehungsbestrebungen der Bauarbeitergewerkschaften.** Die Bauarbeitergewerkschaften organisierten im Jahre 1922 in den zentralen und östlichen Distrikten Englands dreißig Bildungszentralen. Man hofft die Zahl dieser Institutionen im Jahre 1923/24 noch vermehren zu können.

**Die dritte internationale Genossenschaftliche Sommerschule** fand vom 28. Juli bis 10. August in Paris statt. Der Zweck dieser Schule, deren Organisation der Initiative der Engländer zu danken ist, ist der Austausch von Informationen über die Lage der Genossenschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern und der Unterricht über Zweck und Methoden der Bewegung. Es nahmen an der Schule zwanzig Studenten aus England und anderen Ländern teil. Während der ersten Woche wurden von Prof. Vide, Jean Baumont, George Young, Ernest Poisson und Professor Hall Vorträge gehalten. Ferner wurden interessante Exkursionen unternommen.

**Ernährung des bulgarischen Ausfuhrzoll für Mehl und Weizen.** Die bulgarische Regierung, welche der Landbevölkerung die Möglichkeit bieten will, möglichst viel landwirtschaftliche Produkte zu verkaufen, hat eine Verordnung erlassen, durch welche die Ausfuhrgebühr für Weizen von 1,6 Lewas auf 0,40, für Mehl von 1,70 Lewas auf 0,36 für ein Kilogramm herabgesetzt wird.

**Der Umsatz auf der Rischnij-Nowgoroder Messe.** Die auf der Messe in Rischnij-Nowgorod in den ersten 20 Tagen abgeschlossenen Geschäfte beziffern sich auf 100 Millionen Goldrubel.

**Devisenkurse.**

**Die tschechische Krone notiert in:**

München	10,20 00
Berlin	136,000 00
Wien	2085 00

**Prager Kurse am 24. August.**

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1307 00	1371 00
10.000 Mark	8 25	8 75
100 belg. Francs	155 75	157 25 00
100 schwed. Kronen	628 50	629 00
1 Pfund Sterling	155 25 00	156 75 00
100 Lire	149 25 00	150 75 00
1 Dollar	34 05 00	34 45 00
100 franz. Francs	195 00 00	196 50 00
100 Dinar	38 50 00	37 00 00
1000 magyar. Kronen	17 75 00	17 75 00
10.000 poln. Mark	1 45 25	1 49 75
10.000 österr. Kronen	4 70 00	5 20 00

**Münchener Schluschkurse am 24. August.**

	Gold	Ware
Paris	31 00 00	31 12 50
London	25 21 00	25 28 00
Berlin	0 00 01	0 00 13
Wien	23 75 00	23 85 00
Sofia	217 40 00	218 40 00
Bien	0 00 77 50	0 00 78 00
Sudapest	0 03 00	0 03 25
Stap	18 15 00	18 25 00
Neu York	5 58 00	5 54 00
Brüssel	5 70 00	5 88 00
Warschau	0 00 21 00	0 00 26 00

# Gerichtssaal.

## Ein arbeiterfeindlicher Bezirks- hauptmann.

### Die Affäre des Senators Stark mit dem Bezirkshauptmann in Plan.

Ueber Verlangen der Bezirksorganisation in Weferik intervenierte Senator Genosse Stark am 12. Feber d. J. bei der Bezirkshauptmannschaft in Plan in Angelegenheit der Namhaftmachung von Arbeitnehmervertretern in den Vorstand der Bezirkskrankenkasse in Weferik. Die Intervention war deshalb notwendig geworden, weil die Bezirkshauptmannschaft in Plan zu einer, in der Republik wohl einzig dastehenden Methode griff, indem sie sich zur Namhaftmachung von Arbeitnehmervertretern in den Vorstand der Bezirkskrankenkasse anstatt an die Arbeiterorganisationen, an den landwirtschaftlichen Bezirksverband und an die Gewerbetreibenden in Weferik wandte. Ueber diese arbeiterfeindliche Vorgangsweise wurde der Statthalter Herr Ganghofner in Gegenwart des Bezirksvertrauensmannes von Weferik Genossen Prof. Sch. und des Genossen Kraus aus Plan vom Senator Genossen Stark dahin befragt, auf Grund welchen Rechtes oder Befehles die Bezirkshauptmannschaft zu dieser ganz eigenartigen Vorgangsweise gekommen sei. Der Herr Statthalter, wie auch der hinzugerufene Bezirkskommissar Dr. Stiebig gedrahteten verschiedene, aber durchaus nicht stichhaltige Ausreden. In die Enge getrieben, erklärte der Statthalter Ganghofner, daß er in dieser Sache machen könne, was er wolle. Auf diese für einen Beamten der Republik geradezu beschämende Vorgangsweise sagte der Senator Stark zu Ganghofner: „Sie haben in dieser Sache unsere Partei in dreifacher Weise überangen.“ Daraufhin machte der Statthalter Ganghofner dem Genossen Stark Freiheit und freies Benehmen zum Bonus. Da sich der Senator Stark in Ausübung seiner Mandatspflichten solches nicht gefallen lassen konnte, forderte er den Statthalter Ganghofner auf, die Worte „Freiheit und freies Benehmen“ zurückzunehmen, wobei er ihn am oberen Rande des Rodes bei der Brust faßte. Da Ganghofner trotz mehrmaliger Aufforderung des Genossen Stark die beleidigenden Äußerungen nicht zurücknehmen wollte, erklärte Genosse Stark, daß er nunmehr nicht länger warten, sondern bis drei zählen werde. Nehme innerhalb dieser Frist Dr. Ganghofner die beleidigenden Äußerungen nicht zurück, so werde er ihn selbst züchtigen. Erst auf diese Drohung hin erklärte der Statthalter, die Worte Freiheit und freies Benehmen zurückzunehmen. Da unter solchen Umständen ein weiteres Verhandeln unmöglich war, verließ Genosse Stark mit den beiden Genossen das Amtstokal.

Statthalter Ganghofner machte nun diesen Vorfall beim Bezirksgerichte in Plan anhängig, das wegen der Auslieferung des Genossen Stark an den Senat herantrat. Dem Auslieferungsbegehren wurde vom Senat mit Sitzungsbeschluss vom 7. Juni stattgegeben. Nunmehr gelangte auf Grund der Auslieferung die Angelegenheit zur gerichtlichen Ausstragung beim Bezirksgerichte in Plan, die am 5. Juli erfolgte und zur Verurteilung des Genossen Stark zu sechs Tagen Arrest führte. Auf die Einwendungen des Vertreters des Genossen Stark, Herrn Dr. Scherzer aus Wies, daß im gegenständlichen Falle Verjährung vorliege, ging der Verhandlungsleiter nicht ein, sondern hielt die Verurteilung für notwendig. Der Genosse Stark, der in diesem Falle ebenfalls, und zwar in Anwesenheit von zwei Vertrauensmännern der Partei beleidigt wurde, machte von der Rechtswohlthat, der Einbringung einer Gegenklage, keinen Gebrauch.

Gegen das Urteil des Bezirksgerichtes in Plan brachte der Vertreter des Genossen Stark die Berufung an das Kreisgericht in Eger ein, welches in der am 11. August stattgefundenen Verhandlung auf die Einwendungen des Vertreters Dr. Scherzer einging und den Genossen Stark freisprach.

Die Herren in Plan sind also diesmal nicht auf ihre Rechnung gekommen. Die Arbeiterschaft und deren Vertrauensmänner im Bezirke Plan wünschen, daß die einseitige Parteinarbeit der Beamtenschaft der politischen Behörde in Plan durch diesen Fall ein Ende findet. Sollte jedoch ein oder zwei Herren, in deren Adern noch das altösterreichische bürokratische Blut zu fließen scheint, anderer Meinung sein und ihr hohlerfülltes Benehmen gegen die Arbeiterschaft fortsetzen, so wird auch die Arbeiterschaft Mittel und Wege suchen und finden, um diesem Treiben ein Ende zu setzen.

## Der „Blücherbund“ als Mord- organisation.

### Die Ermordung des Studenten Baur vor Gericht.

München, 23. August. Am Mittwoch begann vor dem Volksgericht der Prozeß wegen der Ermordung des Studenten Baur aus Bismar, der bekanntlich die Rathenau-Mörder auf ihrer Flucht beherbergt und der im Jänner 1923 ein Attentat auf Scheidemann geplant hatte. Der Mord wurde in der Nacht vom 18. auf den 19. Feber in München mit einer Browningspistole ausgeführt und die Leiche in die Isar geworfen, wo sie viele Wochen später gefunden wurde. Die Polizei ermittelte als Mörder den 24 Jahre alten Studenten der Forstwirtschaft August Baur, den Sohn eines Volksschullehrers in Franzen. Die Untersuchung durch den Staatsanwalt ergab folgende Anklage: Der Student Baur war seit Dezember 1922 in rechtsextremen Organisationen Münchens tätig und alsbald bekannt als blut-

rünstiger Aktivist. Anfang Feber wurde er von der Polizei aus München ausgewiesen, blieb aber trotzdem und wandte sich als Mitglied des „Blücherbundes“ wiederholt in erpresserischer Weise an den Kreisleiter des Bundes, den aus dem Hochverratsprozeß Fuchs-Nachhaus bekannten Johann Berger, desgleichen an seinen Bruder Ernst und an den berüchtigten Privatgelehrten Dr. Arnold Ruge, den Agitator und Presschef des „Blücherbundes“. Baur drohte offen mit Verrat der Vorbereitungen, die damals innerhalb des „Blücherbundes“ für eine Aktion der nationalen Diktatur getroffen worden waren und so beschloß man, den Baur als Schädling an der nationalen Sache „umzulegen“.

Am 18. Feber nachts wurde er, von einer Fahrt von Regensburg kommend, am Münchner Hauptbahnhof von den Brüdern Berger und Zwenau abgeholt, in das Bureau des „Blücherbundes“ geführt, wo man ihm vorredete, er müsse zusammen mit Zwenau noch in dieser Nacht eine Agitationsfahrt per Auto nach Norddeutschland antreten. Das Auto stehe im Süden Münchens. Nach Bewirtung mit Schnaps begab sich Zwenau und Baur zusammen nach dem angeblichen Standplatz des Autos, wobei dann unterwegs die Mordtat ausgeführt wurde. Der Mörder lehrte sofort in das Bureau des „Blücherbundes“ zurück, erstattete dem Kreisleiter Meldung und dieser brachte am nächsten Tage die Priestsche Baur persönlich nach Ansbach. Der Angeklagte Ruge hatte Baur ursprünglich als Privatsekretär in seinen Diensten, einen Posten, mit dem zugleich die Führung der von Ruge beabsichtigten Vereinigung entlassener Männer zur Befreiung von Schädlingen und Verrätern verbunden war. Baur war ganz in Ruges Pläne eingeweiht, erwies sich aber als leichtfertig und unzuverlässig, so daß der Herr Privatgelehrte Angst vor ihm bekam. Baur wurde nun seinerseits als Schädling bezeichnet, der um die Ecke gebracht werden müsse.

Bei einem Appell des „Blücher-Bundes“ am 13. Feber, an dem etwa 80 junge Leute, darunter auch Reichshüter, anwesend waren, erklärte Ruge: „Deutschland könne nicht wieder hochkommen, wenn nicht zuerst die Verräter beseitigt würden. Zu diesen

gehörten in erster Linie die Juden; jeder der Versammlungsteilnehmer müsse sich einen einflussreichen Juden aufs Korn nehmen und ihn an dem Tage vor der unmittelbar bevorstehenden Aktion erledigen. Jeder solle an Stelle des Abendgebetes täglich neu den Vorfall lassen, nicht zu ruhen und nicht zu rasten, bis der betreffende Jude getötet sei.“ Diesem Appell hat auch Zwenauer beigewohnt, und da Ruge und Johann Berger die folgenden Tage immer größere Furcht vor Baur bekamen, hat man ihn ermordet. Der Angeklagte Zwenauer schluchzte vor Gericht und will gar nichts mehr wissen. Er leugnet, verwickelte sich aber in Widersprüche.

Wir werden über den Ausgang dieses Prozesses noch berichten.

## Wetterberichte

### Der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

24. August 1923 morgens	Luftdruck auf Meereshöhe	Temperatur °C	Windrichtung und -stärke (0-12)	Wetter	Tag- niederschlag	Temperatur geh. nachg.
Prag . . . . .	760	11	O,	heiter	0	22
Brünn . . . . .	763	14	OSO,	Dunst	0	23
Rehjavik (Island)	—	—	—	—	—	—
Stornoway (Hebrid.)	751	10	NNO,	Negen	2	—
Valencia (Irland)	753	13	NW,	bed.	0	17
London . . . . .	749	14	SSW,	bed.	5	—
Utrech (Norwegen)	752	11	S,	bed.	1	12
Stockholm . . . . .	756	13	SSW,	bed.	1/2	17
Damburg . . . . .	753	14	SO,	bed.	1/2	—
Warschau . . . . .	763	16	OSO,	bed.	1/2	21
Paris . . . . .	753	17	SO,	Rebel	3	14
Berlin . . . . .	759	15	OSO,	bed.	0	25
Wien . . . . .	761	15	—	heiter	0	22
Belgrad . . . . .	764	19	NW,	heiter	0	29
Bukarest . . . . .	—	—	—	—	—	—
Viareggio (Frankl.)	—	—	—	—	—	—
Florenz . . . . .	—	—	—	—	—	—
Athen . . . . .	762	25	NO,	heiter	0	—

Söhnenstationen (Luftdruck nicht reduziert):  
 Donnersberg 840 m 688 11 S, heit. 0 0  
 Zschnefoppe 1610 m 627 6 SW, bed. 0 0  
 Zugspitze 2960 m 533 5 SW, bed. 0 0

*Lida*

Toiletseife  
ist gut und  
immer gleich  
gut.

(Nachdruck verboten.)  
**Die Glücksbude.** 25  
 Erzählung von Ernst Preisang.  
 X.  
 Der letzte Abend vor dem Morgen der Ausreise war gekommen. Jeremias, der sich in die Entscheidung des Arztes wie in einen lästigen, aber nicht abzuwendenden Zwang gefügt hatte, ließ seinen Sohn nicht von seinem Lager. Er hielt die Hand des Jungen in der seinen und überschüttete ihn mit guten Lehren. Er wandte sich an Friedrich und gab ihm geschäftliche und pädagogische Ratschläge. Er sprach sehr viel und mußte sich schließlich erschöpfen jedes weiteren Wortes enthalten.  
 Jeremi hatte mit Tränen in den Augen genickt — immer wieder —, als er den Vater so eindringlich, so aus tiefstem Herzen reden gehört. Friedrich beantwortete alle an ihn gerichteten Weisungen mit einem „Ja“, „Gewiß, Herr Tattenbach“ und „Darauf können Sie sich verlassen.“  
 Frau Trude sprach wenig. Zuweilen ruhte ihr Blick auf dem Knaben; sie sah ihn noch einmal aufwachen und vergaß sich selber darüber. So verbrachten sie in seinen Anblick. Was sie an mütterlichen Empfindungen in der letzten Zeit mühsam zurückgedrängt, das wollte nun in verstärkter Maße empor und drohte ihre verstandesgemäße Zurückhaltung niederzubrechen. Was sie sich nie eingestehen wollte, weil sie Schwäche und Unsicherheit daraus fließen sah, daß auch dem stärksten Willen das Kämpfen mit den realen Dingen dieser Welt nicht immer den Sieg brachte, — das fühlte sie nun bitter und tief. Und so oft sie sich den starren Notwendigkeiten begeben hatte, meist lachend gebeugt hatte, weil sie ihren Willen wohl in eine andere Bahn führten, aber nicht aufhoben, so wenig konnte sie nun trotz ihrer äußeren Ruhe diesen Abschied ertönen, der sie ihres Amtes als Mutter beraubte . . .

Als Frau Trude einmal das Auge wandte, sah sie ebenso versunken den Bild Friedrichs auf sich ruhen. Sie hatte es schon seit Minuten gefühlt, ohne sich dessen bewußt zu werden. Es lag eine so zärtliche Bewunderung in diesem Blick, daß sie nicht böse werden konnte.  
 Er erwachte aus seiner Betrachtung, als Frau Trude ihr Auge für einen Moment auf ihn gerichtet hielt. Er errötete und fühlte sich unbehaglich.  
 Sie waren alle bedrückt von dieser Situation, die keine Zukunftshoffnung, keinen fröhlichen Mut aufkommen lassen wollte. Der Kranke lächelte auf seinem Lager; Jeremi weinte leise.  
 Bis Frau Trude heftig schluchzend aufsprang, den Knaben in ihre Arme preßte und ihn küßte.  
 Jeremi klammerte sich an sie. Beide gingen weinend hinaus.  
 „Bist du mir nicht mehr böse, Mutter?“  
 „Aber, liebes Kind, ich bin dir nie böse gewesen. Was denkst du nur?“  
 Aus seinem heftigeren Weinen tönte leise die Erleichterung mit. Er wollte die Mutter nicht mehr loslassen.  
 Friedrich suchte mit der Linken ein Taschentuch; er fand es nicht und fuhr sich mit dem Fadenarmel über die Augen. So schwer ihm die Trennung von Trude ankam, in diesem Augenblick wünschte er sich weit weg auf seinen Kutschersitz. Es war so lächerlich; ein weinender Ahtel. Und um über diese Situation hinwegzukommen, sagte er das erste, was ihm einfiel: „Der Schimmel wird auch nicht mehr lange machen, Herr Tattenbach.“  
 Jeremias wandte sich ihm langsam zu: „Der Schimmel? Mich wird er überleben, Herr Friedrich.“ Er streckte ihm die heiße, trockene Hand entgegen: „Ich danke Ihnen, daß Sie uns beistehen.“  
 „Mit meiner einen Hand!“ sagte Friedrich und hob die Linke.  
 „Die andere hat das Messer aufgefassen, das für mich bestimmt war. Ich habe Ihnen

## Kunst und Wissen.

**Maltheator Bürgstein bei Pötha.** (Künstlerische Zeitung: Kurt Lindmayer). Sonntag, den 26. d. M., 3 Uhr nachmittags: „Der Zigeunerbaron“, Operette in drei Akten von Johann Strauß. — Sonntag, den 2. September, 3 Uhr: „Die Kreuzschreiber“ von Angenruber. — Samstag, den 8. und Sonntag, den 9. September: „Freischütz“ von Weber.

## Turnen und Sport.

**Weltrekord.** (Neue Weltrevue.) Dem Regierungsblatt wird aus Stockholm gemeldet: Das mit größtem Interesse erwartete Zusammentreffen der beiden skandinavischen Läuferphänomene Paavo Nurmi (Finnland) und E. Wide (Schweden) brachte gleich im ersten Lauf über die englische Meile (1609 Meter) die vorhergesehenen Höchstleistungen: Wide hielt sich bis ungefähr 1300 Meter auf gleicher Höhe mit Nurmi, dann gewann jedoch der jähre Finnländer einen kleinen Vorsprung, den er ständig behauptete. Bei 1500 Meter wurde das Zielband gespannt und beide Läufer hatten Nurmi passierte in 3:53 und Wide in 3:54.2 die 1500-Mark, sie liefen jedoch weiter und Nurmi konnte in den restlichen 100 Metern seinen Vorsprung noch vergrößern. Eine der besten Leistungen in der Leichtathletik, wenn nicht die beste, wurde erreicht. Nurmi lief die englische Meile in 4:10.4 und verbesserte damit Tabers Weltrekord um 2.2 Sek. Wide erreichte mit 4:13.5 ebenfalls eine prächtige Leistung und unterbot Sangers schwedischen Rekord um 3.6 Sek.

Herausgeber: Dr. Ludwig Eger und Karl Cermak.  
 Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag.  
 Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
 Für den Druck verantwortlich: C. Holla.

## VII. Prager Herbstmesse vom 2. - 9. Sept. 1923

### Warnung ! !

Verlangen Sie in Ihrem eigenen Interesse bei Ihrem Konsumverein od. beim Kaufmann ausschließlich nur den bestbewährt. Fliegenfänger

## KOH-I-NOOR

Erste Prager Fliegenfänger-Fabrik  
 Prag-Vrsovic Nr. 448/V. Tel. 7899.

## Damen- und Herren-Schulzmittel

sowie alle Artikel zur hygienischen Körperpflege liefert in nur prima Quantitäten zu bedeutend ermäßigten Preisen das

1777

✦ **Versandhaus „Sanitas“** ✦  
 TEPLITZ-SCHÖNAU, Postfach 18-19 a.  
 Prospekte kostenlos! Diskreter Versand!

wohl noch nicht einmal ein Wort des Dankes gesagt?“  
 „Schweigen wir davon, Herr Tattenbach, Frau Trude hat es schon getan.“  
 „Ja, sie denkt an alles.“ Er lag eine Weile still. Dann reichte er Friedrich von neuem die Hand: Sie werden sie nicht verlassen, wenn ich nicht mehr sein sollte?“  
 „Ne. Ich hab' ja selber keinen Menschen.“  
 Jeremias nickte. „Es lebt sich gut in ihrer Nähe. Sie zieht dem Leben die Stacheln aus. Haben Sie das auch schon bemerkt?“  
 Friedrich sah ihn erstaunt an. „Wie Sie das in Worte bringen können! Dem Leben die Stacheln — ja, so ist es wirklich, Herr Tattenbach!“ Er senkte die Stimme: „Ich verehere Ihre Frau.“  
 Jeremias lächelte leicht: „Natürlich. Meinen Sie, ich hätte das nicht gesehen?“  
 Der andere ward feuerrot.  
 „Noch eins, Friedrich: halten Sie die Glücksbude — ich meine den Wagen — halten Sie alles in guter Ordnung, wenn Sie meine Frau nicht betrüben wollen. Sie ahnen ja nicht, wie sie daran hängt. Ich glaube, ihre Seele fährt mit.“  
 Friedrich drückte ihm die Hand. Eine große Freude erfüllte ihn. „Ihre Seele fährt mit.“ Wiederholte er in Gedanken. Das wollte er nicht vergessen.  
 Und urplötzlich war sein Humor da. Er lachte und sagte: „Wozu blasen wir eigentlich Trübsal, Herr Tattenbach? Sie werden gesund werden und wir sehen uns alle fröhlich wieder! Ich bringe Wein aus Italien mit — und dann wollen wir eine regelrechte Feier in diesem Garten veranstalten. So ähnlich wie damals — wissen Sie noch? — als wir den dreißigsten Geburtstag Ihrer Frau feierten!“  
 Jeremias machte nur eine Bewegung mit der Hand . . .

(Fortsetzung folgt.)